INTERIM

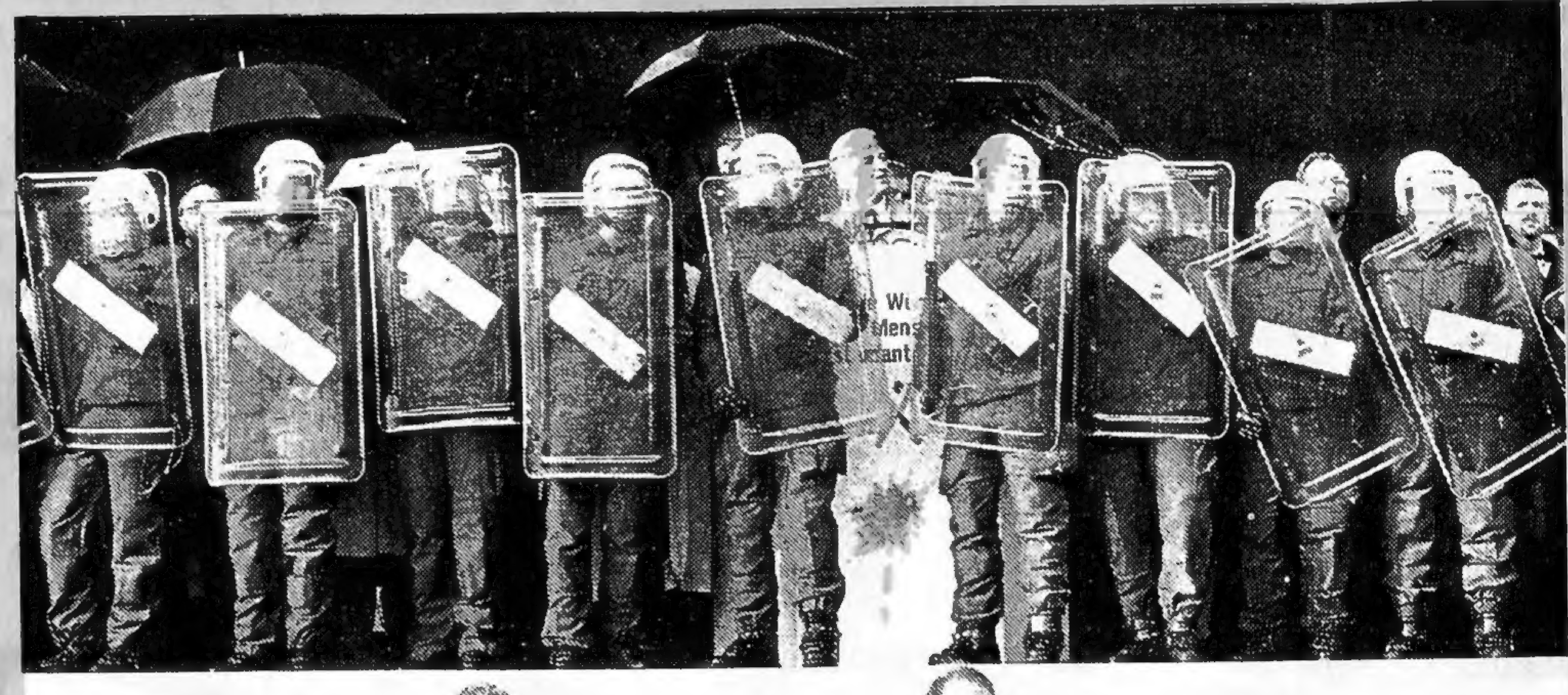
Wöchentliches Berlin-Info



auswärts
2,50 DM



„United Germoney





presents: 8. Nov. 92, a Good Kraut Production"





Nr. 215

12. November 1992



Staffelt: Wie kamen die Störer zur Rednertribüne?

Der neue SPD-Landesvorsitzende Ditmar Staffelt zeigte sich unmittelbar nach der Kundgebung empört über die gewalttätigen Störungen durch autonome Gruppen. Jetzt müsse geprüft werden, wie die Störer überhaupt so nahe an die Rednertribüne kommen konnten, sagte er. Das sei bei den Einsatzbesprechungen der Polizei so nicht geplant gewesen. Es sei schlimm, daß nun Bilder gewalttätiger Demonstranten um die Welt gingen. Tsp/dpa

lieber herr staffelt!
bevor sie sich noch mehr empören, wollen wir lieber die katze aus dem sack lassen: zu öffentlichen veranstaltungen fahren wir selbstverständlich mit der bvg, im konkreten fall bis zum u-bahnhof alexanderplatz.wir überqueren den alex,an der spandauerstr. biegen wir halblinks in die karl-liebknechtstr. ein und gehen dann geradeaus,bis wir zu unserer rechten den lustgarten erblicken. nach höchstbullizeiliger unbedenklichkeitsbescheinigung gehen wir als dann nach vorne zum absperrgitter und harren der dinge,die an diesem wunderschönen herbsttag auf uns zu kommen.wer zuerst kommt,malt eben auch zuerst,gell!

inhalt(e):

ordner:
"Wildwuchs" - Kritik
Rassismus in d. Sprache
Staatl. Gewalt ggn Kinder (ai)
Asylex/Rassismus light
Autoliga-AG Praxistest
etwas internation. Presse

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

30 000 am 4. NOVEMBER



„Brandstifter sitzen in Bonn“

Tausende demonstrierten in Berlin gegen Asylrechtsänderung

BERLIN, 5. November (Vbn/Reuter/AP/D). Mehrere tausend Menschen haben am Mittwoch abend in Berlin für die Beibehaltung des Asyl-Artikels 16 im Grundgesetz und gegen Fremdenfeindlichkeit demonstriert. Die Schätzungen schwankten zwischen 7000 (Polizei) und 30 000 (Veranstalter) Teilnehmern. Zu der Demonstration, die als „Ergänzung“ der für 8. November geplanten verstanden wurde, hatten etwa 80 Organisationen und Initiativen — darunter AL, PDS, IG Medien und SOS Rassismus — aufgerufen.

Die beiden Demonstrationszüge aus dem Ost- und Westteil der Hauptstadt vereinigten sich auf dem August-Bebel-Platz. Hier hatte 1933 die Bücherverbrennung der Nazis stattgefunden. Am Eingang der gegenüberliegenden Humboldt-Universität, brachten Demonstranten eine Gedenktafel für die „Opfer der rassistischen Gewalt zwischen 1990 und 1992“ an; auf der Liste stehen 13 Namen.

Auf der Abschlußkundgebung gab der Kabarettist Dietrich Kittner zu bedenken, wie die Staatsorgane wohl vorgegangen wären, wenn es in den ersten neun Monaten des Jahres 950 Terroranschläge der RAF gegeben hätte. Ihm komme es so vor, daß die Brandsatzwerfer auf Asylbewerberheime als „nettere Terroristen“ angesehen werden, meinte Kittner.

Die als „Nazi-Jägerin“ bekannte Beate Klarsfeld protestierte gegen das am 1. November in Kraft getretenen Abschiebeabkommen mit Rumänien. Bukarest garantiert darin Bonn die Rücknahme von Asylsuchenden, die ihre Identität nicht nachweisen können. Die Geschichte der Deportationen wiederhole sich für die Roma, sagte Frau Klarsfeld. Auf Transparenten hatten Teilnehmer ihren Unmut über die Asyldebatte geäußert: „Die Brandstifter sitzen in Bonn.“

Zu der Demonstration am Sonntag erwarten die Veranstalter 80 000 Teilnehmer. Die CSU verschärfte ihre Kritik an der Veranstaltung. Der Landesgruppenchef im Bundestag, Wolfgang Bötsch, nahm ebenso wie Chefredakteur Wilfried Scharnagl im *Bayernkurier* vor allem Anstoß an der Teilnahme der PDS.

8.11.

ANMERKUNGEN ZUR DEMONSTRATION VOM 8.NOVEMBER

die demonstration war unserer meinung nach ein großer erfolg für die linke. die politiker, die versuchten, ihre unschuld und weissen westen zu demonstrieren, sind ziemlich auf die fresse geflogen. jetzt heucheln nicht mehr die wölfe, jetzt heulen sie ! ihre propagandashow zur hebung des investitionsklimas ist ihnen mißlungen. das bild deutschlands, das um die welt ging, ist das des polizeiknüppels.

wie sehr sie getroffen sind, zeigt sich an ihren reaktionen. sie reden von "demonstrationsterroristen" und leugnen damit doch nur ihren eigenen terror gegen die in abschiebehaft sitzenden flüchtlinge, gegen die gefangenen, die immer noch in iso-haft sind. sie leugnen den alltäglichen terror auf der strasse, den jede frau erfährt, die mißhandlungen der kinder, den mißbrauch, den terror der spekulanten und der TREUHAND.
sie leugnen selbst die wahre anzahl der menschen, die wenigstens einen teil ihres terrors ihnen einmal zurückgeben wollten. schon im ostblock allein waren wir 4000 menschen mit viel power und guter stimmung. der lautsprecherwagen hat sich blendend bewährt und konnte mit der stimmung, die er verbreitete, immer mehr menschen anziehen. ein meer von transparenten ließ eine farbenpracht entfalten, wie wir sie oft manchen 1.mai-demos vermissten. und nicht zuletzt die energie der vielen jugendlichen, die spontan das leittransparent in ihre hände nahmen und sich um den lautsprecherwagen schützend stellten. obwohl die bullen den wagen rausholen wollten, mußten sie doch von ihrem vorhaben absehen und tauchten auch nicht wieder auf. Euch allen eine herzliche umarmung und tausendfachen dank.

wir dürfen uns jetzt aber nicht zurücklehen, sondern müssen, von diesem erfolg beflügelt, die nächsten schritte tun. einer davon ist die Mete Eksi-demo am samstag, dem 14.november um 16.00 uhr am kotti.
kommt alle dahin und lasst uns zeigen, daß konsequenter antifaschismus heißt, nicht nur einmal im jahr die eigene gesinnung zu zeigen, sondern permanent und dort, wo es nötig ist, vor ort, bei den betroffenen. kommt alle und lasst uns lautstark zeigen, daß wir es ernst meinen mit unserer parole :

NIE WIEDER FASCHISMUS ! NIE WIEDER KRIEG !

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !

für den kommunismus

kommunistisch-autonome gruppen



Das war eine satte Gegendemonstration – und kein kleiner Krawallhaufen

Diepgen heult vor Wut, Thierse vor Fassungslosigkeit und die Medien sind am gleichen Abend gleichgeschaltet. Was der Weltöffentlichkeit als 'Weißwaschung' vom Bild des schlägernden, brandschatzenden rechtsradikalen Deutschen, nach Hoyerswerda, Mannhein, Rostock, vorgeführt werden sollte, ist gründlich mißraten. Stolz sollten 100 000 saubere ausländerfreundliche Deutsche der internationalen Presse vorgezeigt werden und es kamen sogar mehr, die meisten wahrscheinlich aufrichtig betroffen.

Dann wird da jedoch in aller Öffentlichkeit ein Schilder- und Plakatewald spazieren getragen, auf dem mehrheitlich Ohrfeigen an die SchirmHerren und Frauen dieser Veranstaltung, der versammelten Politikerkaste, verteilt werden. Der Erhalt des Artikel 16 GG wird gefordert, die Verlogenheit der ganzen Demonstration der Politikerriege angesichts der Asyldebatte, die geführt wird und auch nach der Demonstration weiter geführt werden wird, dargestellt und sehr wohl der Zusammenhang hergestellt, daß die eigentlichen Brandstifter und Schreibtischtäter sich hier versammeln, um Unschuld für die ausländerfeindliche Hetze zu heucheln, die sie anderntags betreiben.

Diese Gegendemonstration haben nicht einige Hundert „gewaltgeile", „intolerante", „argumentlose", „gesprächsunfähige" „Krawallmacher" getragen, sondern im wahrsten Wortsinn mit ihren getragenen Plakaten einige Tausend DemonstrantInnen aller möglicher verschiedener politischer Richtungen.

Diese Gegendemonstration jetzt schlichtweg durch das Aufbauschen von Krawallen zu überspielen, ist ein Kunststück,das in der BRD-Mediengeschichte auch nicht so neu ist. Falls doch einige durch die Medienhetze verunsichert worden sein sollten: jedes lächerliche Farbei ist mit tausendmal mehr Toleranz geworfen, als für das bodenlos zynische Gerede von der "Asylantenflut", die uns zusammen mit einem zu soften Grundgesetz in den "Staatsnotstand" treibt und die Flüchtlinge schließlich schon selber schuld seien, wenn man sie erschlägt, überhaupt noch Toleranz möglich sein kann.

Das auch, angesichts eines mit deutschen Waffen geführten Krieges türkischer Militärs gegen Kurden; angesichts eines Völkerkriegs in Jugoslawien, den deutsche Politik durch Anerkennung einiger Republiken mit zu beeinflussen versucht, sich aber weigert auch nur minimal einige der mehreren Hunderttausend Flüchtlinge* aufzunehmen; angesichts deutscher Bemühungen, mit russischem Einverständnis eine Wolgarepublik für Deutschstämmige zu installieren, damit die "armen" Russen nicht alle in die "reiche" BRD kommen und zugleich als außenpolitischer Pfand zum Schutz deutscher Kultur im Ausland; angesichts deutscher Bestrebungen, über EG und Maastrichter-Verträge einen einheilichen Wirtschafts- und Einflußraum zu errichten, der die Grenzen um Europa dichter schließt. der Reichtum besser geschützt werden kann; angesichts der "mörderischen" Stimmung, die in aller Offenheit in den Parlamenten gegen ausländische Menschen geschürt wird, um die Bevölkerung von anderen Problemen, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Sozialkürzungen, Okkupierung der "Neuen Bundesländer", die Wirtschaft und Politik nicht gewillt sind zu lösen, abzulenken usw. usw.

Offenbar hat die Gegenkundgebung
trotzdem diesen Nerv genau getroffen, wenn es nötig wurde, sie dermaßen runterzuspielen und mit den "Krawallen" ein anderes schlagzeilenträchtiges Thema an seine Stelle zu setzen.

Aber das reicht weder international noch im Land lange aus, den zu deutlich sichtbar gewordenen Widerspruch gegen die Regierungspolitik zu verheimlichen (die SüddtZt bewertet die öffentliche Ohrfeige gegen die "Asylpolitik" schon deutlich wichtiger, als die ihr von der Polizei gebotenen "Krawalle")

Toleranz kann nicht heißen, alles hinzunehmen und jede Lüge immer wieder anzuhören. Wer jetzt vielleicht meint, gewaltfrei wäre die ganze Gegendemonstration doch viel eindeutiger rübergekommen, vergißt, daß diese Gegenstimmung gar nicht rüberkommen darf in den Medien und sie genauso übergehbar und denunzierbar ist. wie z.B. massenhafte gewaltfreie Sitzblokaden vor Militäreinrichtungen anno tobak . die der Friedensbewegung (damals noch West-) auch nur den Ruf einer ferngesteuerten. irregeleiteten, gewalttätigen Bewegung eingebracht hat und der locker einige Hundert Strafverfahren wegen Nötigung, Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt usw. angehängt werden konnte.

Inhalte gegen die staatliche Politik auch an diesem Tag auf die Straße zu bringen, war richtig und ist auch gelungen. Wer differenziertere Ausdrucksmittel bei der Kundgebung verlangt, soll sich mal selbst ins Gerdränge stellen. Mit Diskussion und zuhören ist da nix mehr - mit wem auch? Da war's dann ganz richtig, sich ungeniert Gehör zu verschaffen. Und: "wir" heißen auch nicht immer nur "Autonome", da ist man und frau zum Glück ja nicht so festgelegt auf die Identifikationsmuster wie Medien, Bullerei und Politik, für die "Autonome" mittlerweile den gleichen Denunziationscharakter hat, wie "Asylanten".

Der Staat und seine Organe stand rechts,
und steht rechts, immer noch.

x offiziell

Leserbrief.



Was waren das für Leute, die bei der Großdemonstration lautstark und wurfgewaltig ihren Protest zum Ausdruck brachten? Die Vertreter des Kreuzberger Bündnisses, antifaschistischer Gruppen aus Ost und West, erläuterten am Montag auf einer Pressekonferenz ihre Motive.

Die von den Medien als Chaoten Denunzierten setzen sich zur Wehr:

„Wir können nicht leise sein“

Wir wollten so die unerträgliche Heuchelei, die sich mit dem Auftreten der Schreibtischtäter aus Bonn verband, unterbinden. Wir wollten an einer wirklich antifaschistischen Kundgebung teilnehmen, und das ist uns gelungen.

Die Mehrheit der Demonstranten kam mit der gleichen Absicht: Gegen die Änderung des Asylrechts zu protestieren, sich gegen die Welle faschistischer Gewalt zur Wehr zu setzen. Insofern gab es keinen Gegensatz zu den anderen Demonstranten, sondern zwischen der Politprominenz da oben und der Mehrheit der Demonstranten.

Daß Steine geflogen sind, können wir nicht bestätigen. Es können durchaus Steine erfunden worden sein, um zu suggerieren, wie gewalttätig wir sind. Sollten Steine geflogen sein, dann haben wir aber dafür Verständnis. Die Wut und die Verzweiflung kann einige durchaus dazu getrieben haben, zum Stein zu greifen. Aber wir zünden keine Hauser an, quälen keine Mitburger, erschlagen keine Menschen. Wir haben deutlich protestiert, es wurde niemand verletzt.

Diejenigen, die am Sonntag eindrucksvoll protestiert haben, das sind auch jene, die sich schützend vor Asylbewerberheime stellen, die Angriffe abwehren und Leben schützen, selbst Opfer der faschistischen Gewalt werden und ständigen Repressalien der Polizei ausgesetzt sind. Wie sollen wir da anders unseren Protest zum Ausdruck bringen, wer hört denn sonst unsere Stimme der Demokratie? Die Kundgebung war, so wie sie gelaufen ist, ein Sieg der Demokratie.

Wie schnell waren sich die Medien wieder einmal einig, von Chaoten und Schreihälsen zu sprechen. Wer von denen, die über uns entrüstet sind, besitzt die Ehrlichkeit, um auf die sozialen Ursachen der rassistischen Gewalt hinzuweisen? Wo waren all die Politiker bei den Exzessen in Rostock? Sie hätten die Chance gehabt, an unserer Seite die Asylbewerberheime zu verteidigen.

Es gab zu keinem Zeitpunkt eine gefährliche Situation. Auch die Polizei hat sich zurückgehalten. Wir waren etwa 2 000 bis 3 000 Mitglieder verschiedener antifaschistischer Gruppen. Wenn wir Krawall im Sinne gehabt hätten, dann wären wir ganz anders vorgegangen.

Als Hans-Jochen Vogel sich in die Demonstranten mischte und gestolpert ist, da hat wohl einer seiner Sicherheitsleute die Nerven verloren und mit seiner Pistole in die Luft geschossen. Es bleibt zu fragen, wie gefährlich das ist, wenn Leibwächter in solch einer Situation bewaffnet sind.

Unser Gewissen sagt uns, wir müssen uns wehren, wir können nicht leise sein, wir müssen schreien.

Notiert von
PETER KIRSCHEY



Autonome freuen sich über ihren „vollen Erfolg“

Erklärung

Der taz ging ge… rklärung Berliner A… zu. Wir dokumentier… Wortlaut:

Erklärung:
Wir fanden den gestrigen Tag einen vollen Erfolg, weil Hunderttausende von Menschen gegen Rassismus und für den Erhalt des Asylrechts auf die Straße gegangen sind und weil es gleichzeitig gelungen ist, die heuchlerische Inszenierung der Herrschenden für die internationale Presse und ausländische Investoren zu stören. JedeR, der/die Augen im Kopf hat, konnte gestern sehen, daß die Trennung nicht zwischen einigen EierwerferInnen und dem Rest der Demonstration verlief, sondern zwischen den Herrschenden aus Bonn, egal ob Kohl, Engholm oder Weizsäcker, und den Menschen, die diese Politik nicht mehr mittragen wollen.

Sie hatten sich das so schön gedacht, daß sie die für die Asyl- und Ausländerpolitik Verantwortlichen aus dem Schußfeld nehmen und dafür den Nationalheiligen Weizsäcker hinstellen, weil sich dann niemand trauen würde, ihn mit der herrschenden Politik zu identifizieren. Aber auch für die, die das gerne übersehen möchten: Weizsäcker ist Vertreter dieses Staates und auch genau dieser rassistischen Politik, und daher hat es nicht den Falschen getroffen. Zitat aus seiner Rede: „Vielmehr haben wir Politiker die dringliche Pflicht, ein System zu schaffen, das die Zuwanderung steuert und begrenzt und zugleich das wahre Asylrecht schützt.“ Politiker und Medien benutzen jetzt die Eierwürfe, um die gestern zehntausendfach geäußerte unliebsame Kritik an ihrer Politik unsichtbar zu machen und gleichzeitig alle KritikerInnen einzuschüchtern, indem sie sie mit „Randalierern“ identifizieren.

Was sind Eierwürfe gegen die Auslieferung von Tausenden von Roma, für die die gestern beleidigten Herren die Verantwortung tragen? Sie hatten gedacht, daß es möglich wäre, die deutsche und die ausländische Öffentlichkeit mit ihrer gigantischen Medienmaschine einzuschleimen: gleichzeitig das Grundgesetz ändern, die PolInnen vom „Schmuddeleck“ am Reichpietschufer vertreiben, die Sozialhilfe für Flüchtlinge auf 75 Prozent reduzieren und Waffen in die Türkei exportieren – und sich dann an die Spitze des Protestes gegen Ausländerfeindlichkeit setzen! Das ist ihnen nicht gelungen. Und das halten wir für einen großen politischen Erfolg. Auch wenn wir mal wieder ausnahmslos von allen Medien zum Feindbild gestempelt werden, ändert das nichts an der Tatsache, daß es eine Frage der Moral ist, die Verantwortlichen für Ausländerhetze, Fremdenfeindlichkeit und Vertreibungspolitik zu benennen.

Viele Grüße! Eure Autonomen!



Ein paar Worte gegen die geballte Medienmacht

EIER AUF DEN KOPF DES STAATES!

Weizsäcker hat's erwischt! "Obst und Gemüse" (so der 1. Bullenbericht vom Sonntagnachmittag) trafen ihn im Lustgarten vor der versammelten Weltpresse. Doch nicht allein der Bundespräsident mit dem Heiligenschein fühlt sich getroffen, sondern die gesamte Politikerkaste. Seine salbungsvollen Worte für die tiefen Wunden, die der organisierte Rassismus in das so mühsam wieder hergestellte Bild vom "anständigen Deutschen" gerissen hat, verhallten ungehört: Tonstörung. Die Kabel waren von autonomen Nagetierchen gekappt worden. Das war gut so. Und es war auch gut, das weitergepfiffen wurde, als die Lautsprecher wieder ihn von der Würde des Menschen daherreden ließen.
Denn - und das muß in aller Deutlichkeit gesagt werden - Weizsäcker sprach nicht als das ' gute Gewissen der Deutschen' für die Auslandspresse, sondern er sprach als der Repräsentant des BRD-Staates, der Bundesregierung, der Bonner Parteien und nicht zuletzt der Industrielobby.
Wenn die taz jetzt in ihrem Kommentar auf Seite 1 meint, daß das Verhalten der Autonomen sei "kindisch" und "unpolitisch", so hat sie (wieder einmal) wenig von dem begriffen, was der Bonner Parteienklüngel mit der Demo vom Sonntag inszenieren wollte. Sie hat nicht begriffen, daß Weizsäcker (nach langem Hin und Her einigten sie die Parteien auf ihn als einzigen Redner, selbst Bubis wurde von der Rednerliste gestrichen) für Kohl, Seiters, Seite und Streibl als Spitzenpolitiker dieses zur Weltpresse reden sollte - mit den 300.000 als Staffage im Hintergrund. Tenor: Hier steht das gewaltfreie, "anständige" Deutschland. Etliche Zehntausend auf der Demo machten aber das Spielchen nicht mit und demonstrierten gegen diese Heuchelei und gegen diese Politikerkaste. Den Bonner Bonzen wurde längst nicht nur von Autonomen die Leviten gelesen!
Weizsäcker hatte die Aufgabe, das Bild vom ausländerfeindlichen, antisemitischen, "häßlichen"Deutschen gegenüber dem Ausland zurechtzurücken. Wir haben ihm diese SHow gründlich verdorben. Deshalb kocht den anderen Politikerärschen die Galle über. Diepgen versteigt sich zu einem neuen Worttotschläger: "Demonstrationsterroristen". All diejenigen, die Weizsäcker und diesen Staat ausgepfiffen, Eier, Obst und Gemüse geworfen haben, sollten "sich schämen", schäumt Diepgen. Wir gehören "alle hinter Schloß und Riegel" verlangte ein Bundeswehrhochschulprofessor. Gibts keinen Unterschied mehr zwischen Eiern und Eierhandgranaten?
Ein Heckelmann hat für die Pogrome von Rostock Verständnis, da habe sich "berechtigter Unmut gegen den Massenmißbrauch des Asylrechts geäußert", ein Lummer, der jetzt endlich wieder offen seine geistige und politisch enge Verbindung zum Rechtsradikalismus hinaustönen kann, ein Seiters, der Massendeportationen von Roma verfügt, ein Blüm der den organisierten Sklavenhandel mit osteuropäischen Bauarbeitern fördern läßt - diese Schreibtischtäter und Biedermänner bereiten den Boden für den rechtsradikalen Mob. "Die einen werfen Brandsätze, die anderen sprechen Brandsätze" schreibt U. Beck im neusten 'Spiegel'. Angesichts dessen waren die Eier und Schmährufe gegen die Politprominenz eigentlich noch Nettigkeiten.
Es hat im Nachhinein in meinem Fr3eundInnenkreis einige wenige Stimmen gegeben,die die Aktionen von den'zivil' gekleideten Autonomen (so der Tagesspietzel) nicht gut fanden. Weil jetzt in den Medien wieder mal die Gewalt von links mit der von rechts gleichgesetzt werde und die Gleichung rot = braun von taz bis FAZ hianusposaunt wird. Gegen diese farbenblinde und geschichtslose Journaille ist meiner Meinung kein Kraut gewachsen. Sie haben die Medienmacht, zu definieren, was "Gewalt" ist. Wenn Pfiffe und Eier gegen ein "Verfassungsorgan" von denjenigen, die gerade dabei sind, den staatlichen Verfassungsbruch (sieh Kohl's Notstandspläne) durchzuziehen, als 'terroristisch' eingestuft werden, ist jegliche Aufklärung an sich sinnlos.
Was sind Eier auf den Kopf des Staates gegen die hunderttausendfach gedemütigte Würde der AusländerInnen?
Was sind Eier auf Weizsäcker gegen die deutschen Panzer in Kurdistan?

Es gibt gar nicht so viele Hühner, wie Eier auf diesen Staat fliegen müßten!!!

Die Henne Berta aus dem autonomen Hühnerstall

Sexismus auf der Demo 8.11.

Sonntag, nach der Demo im Lustgarten: Ein zunächst nicht durchschaubares Gemisch aus Leuten versucht, soweit es geht, nach vorne an die Absperrungen zu kommen. "Unsere", d.h. Transparente gegen die staatliche Heuchelei überwiegen. Ab und an finden sich eher vereinzelt staatstreue Demonstranten unter uns Gegendemonstranten. Pfiffe, Sprechchöre, etc. Es ist sichtbar, daß die Masseder Leute, nicht nur in den allerersten Reihen, auf vielfältige Weise gegen die Heuchler demonstrieren wollen.
(So undifferenziert es auch war ; ich finde es z.B. nicht sonderlich durchdacht, auch bei den ausländischen Musikgruppen oder den Brief aus Quedlenburg zu pfeifen, aber das war auch nicht durchgängig so.)
Mitlerweile wird es auf dem Platz brechend voll, um überhaupt agieren zu können, weil vorne schon etliche Leute von "uns" sind, bleiben wir stehen. Leute, die von hinten randrängeln, merken z.T. auch, daß es wirklich nicht weitergeht, wir stehen inzwischen so gequetscht, daß wir fürchten bei einem Bulleneinsatz uns nicht nur nicht entsprechend verhalten zu können, sondern womöglich in einer Panik auch noch über den Haufen gerannt zu werden. Andere sehen das ebenso. Weil es auch an unserem Platz möglich ist, sich nicht nur passiv zu verhalten, fordern wir herandrängende auf, jetzt nicht weiter zu drängeln. Das wird von den Meisten nicht gerade begeistert z.K. genommen, aber weil ohne Schubsen und Quetschen ohnehin nichts mehr drin ist, bleiben die Meisten auch stehen.
Nicht so eine Gruppe, [teils ausländischer Jugendlicher, teils aus Antifa-"zusammenhängen", bekannte, mitnichten jugendliche] Leute kommt herangedrängelt um sich hindurchzuquetschen. Der noch ziemlich ruhige Einwand, es gehe jetzt so nicht, wir könnten uns schon kaum noch bewegen, wird gekonntert mit: " Da vorne ist Vogel, wenn ihr zu feige seid was zu machen laßt uns gefälligst durch". Eine Frau von uns wird mit den Worten "von dir Scheißpeacenic laß ich mir gar nix sagen" zur Seite geschubst. Als sie sich diese Unverschämtheit verbittet, wird gleich noch nachgesetzt: " Von 'ner Scheißdeutschen laß ich mir gar nix sagen, du Rassistin, du rassistische Votze, deutsche Sau etc."
Einer der Begleiter unseres jugendlichen Gegenübers wird aufgefordert seinen "Mitkämpfer" zu bremsen und reagiert ganz antisexistisch: Wenn wir zuviel Schiß hätten, gegen Vogel was zu machen, hätten wir sie gefälligst nicht daran zu hindern und das Maul zu halten.
Das veranlaßt uns nun doch zu auch nonverbaler Gegenwehr. Sowohl der Begleiter wird gebufft als auch der sexsistische Spüchemacher mit einem Kaugummi bespuckt (wie gemein) und ein wenig gezwickt.
Wir werden noch mit dem sexistischen Repertoire an Sprüchen bedacht und die antifaschistische Avantgarde entschwindet.
Weiter geht es mit vielfältigsten Reaktionen auf das Staatsschauspiel. Es kommt zu den ersten Bulleneinsätzen und weiter hinten tatsächsich zu Anfängen massenhafter Panik von Leuten, die versuchen, sich selbst und ihre Kinder aus dem für sie teilweise undurchschaubaren Getümmel zu bringen. Aktivbürger und Zivis versuchen sich entsprechend reinzuhängen, Leute zu isolieren oder festzunehmen.
Mit hinsetzen und ähnlichen Spielchen haben wir ziemlich gute Karten, bei den nächsten Knüppeleinsätzen werden Festnahmen verhindert und Volkes Stimme ist nicht bloß über die bösen Chaoten empört.
Irgendwann fällt uns auf, daß unsere heldenhaften Vorkämpfer sich mitnichten avandgardistisch betätigen sondern am Rande stehen.
Eine von uns kann sich nicht verkneifen genau das zu kommentieren.
Was folgt ist für uns das Musterbeispiel für den Sexismus dieser ach so antifaschistischen Männerbündler: Während der Begleiter "nur" rummotzt und auch im Folgenden gar nichts kapiert, flippt sein, von ihm in Schutz genommener "Antifa" föllig aus. Wir seien Scheißdeutsche, und auf die Gegenfrage: Ob sich das für ihn an der Nationalität festmache und er deshalb ein guter Ausländer sei, schrie er seine Nationalität zurück (was für ein Argument ...) und brüllte, er sei kein Scheißdeutscher, wir aber die letzten Votzen, Faschistinnen, deutsche Säue und immer wieder Votzen. Das stumme "Vogel zeigen" einer Frau und, als Reaktion auf die sexistischen Sprüche, die Frage ob er außer seinen Eiern auch noch Hirn zum Denken besitze, wird mit dem Versuch beantwortet sich auf uns zu stürtzen. Theatralisch gekonnt wird er von zweien seiner Leute zurückgehalten, was ihn aber nicht daran hindert mit Griff an sein Gekröse (Gemächte, der Tipper), Geschrei, und den entsprechenden Bewegungen zu signalisieren, daß man sowas wie uns sowieso "durchficken", also vergewaltigen müsse.
Abgesehen davon, daß es ja schon fast üblich ist, daß bestimmte Leute auf jede, wie immer geartete Kritik — und anfangs ging es um taktisches Verhalten, um Rücksichtnahme und um nichts anderes — mit dem Vorwurf des Rassismus und (wie antinationalistisch!) mit der Anpisse, es mit "Scheißdeutschen" (im Gegensatz zu "guten" Ausländern oder was?) zu tun zu haben beantwortet wird, stellen sich zu Wut und Rachsucht für uns noch etliche Fragen.

Was macht den "Antirassismus" dieser Typen eigentlich aus?
Wieso wird übelste sexsistische Anmache durch ausländische Männer gerade von anderen Männern geduldet, bestenfalls als Betriebsunfall entschuldigt?
Abgesehen davon, daß viele ausländische Männer (wie auch Frauen!) schon durch ihr Aussehen zu Opfern von Rassismus werden, was haben wir mit Leuten zu tun deren Frauenbild sich nicht wesentlich von dem ihrer (und unserer Gegner!) unterscheidet ?
Wir wissen, daß immer wieder nach Antifademos und -Aktionen die gleichen Diskussionen losgehen, initiert durch das mackerhafte Verhalten von Männern die immer schnell mit dem Argument dabei sind es ginge uns darum, daß wir "ihre" Militanz verhindern wollten.
Aber es geht auch gerade um dieses Männerbild, [nicht um die Berechtigung von Militanz an sich,] vom über alle Zweifel erhabenen Kämpfer, der die Berechtigung und Moral auf seiner Seite hat. Diese scheinbare Legitimation ermöglicht erst die Konservierung bestehender Frauenbilder, wie auch die Interpretation gesellschaftlicher Realitäten in ein schwarz/weiß Klischee, wo jede die nicht auf Linie ist sofort zur "Gegenseite" und somit in letzter Konsequenz zur Faschistin deklariert wird, der man auch getrost jede Gewalt bis hin zur sexistischen Gewalt androhen/antun kann.

Antifaschistischer Widerstand, der sich moralisch rechtfertigt und nicht aus den eigenen Kämpfen, läuft Gefahr, daraus einen Kampf zweier Ideologien zu machen. Nicht mehr unterschiedliche Wirklichkeiten bestimmen den Kampf, sondern die „richtige" Ideologie.
Der Versuch, den Kampf gegen die Ideologie des Faschismus zu führen, und nicht gegen eine soziale Wirklichkeit, die der Faschismus – gegen „bürgerliche Feigheiten und Halbheiten" – zuende denkt, scheiterte geschichtlich schon einmal – blutig und tödlich. Gegen die faschistische Propaganda, gegen SA-Schlägertrupps und ehemalige Frontsoldaten kämpfte eine breite Basis aus sozialdemokratischen, kommunistischen und linksradikalen AntifaschistInnen erbittert und ausdauernd. Doch die Schlacht gegen die Nazis wurde nicht nur auf der Straße verloren, sondern gerade auch „zuhause", in den eigenen Reihen. Dort, wo die Helden der Arbeit und der Straße, die Disziplin und bedingungslose Unterordnung, patriarchale Familien- und Parteistrukturen nicht angegriffen, sondern gegen jede Form der Abweichung und Infragestellung verteidigt wurden. Indem diese Strukturen innerhalb des antifaschistischen Widerstands nicht verändert wurden, war für den Faschismus der Weg frei, dieselben Strukturen unangefochten zu mobilisieren, daß der Faschismus für diese Lebenshaltungen und -vorstellungen „näherliegende" Antworten hatte, war damit eine Frage der Zeit. Für das Scheitern des antifaschistischen Widerstandes in der Weimarer Republik war die Unüberwindbarkeit dieser patriarchalen Strukturen weit aus entscheidender, als die Niederlagen auf der Straße und bei den Wahlen.

Aus: "Deutsstunde", LUPUS Gruppe Ffm.

Genau dazu würden wir uns eine Diskussion um die Bestimmung eigener Positionen wünschen.

Isolde Wut / Agathe Rachsucht
(rassistische Votzen)

Nachtrag zum 24. 10. in Greifswald

Zur Erinnerung: In den Tagen vor dem 24. 10. waren die ausländischen StudentInnen im Wohnheim in der Makarenkostr. massiven Angriffen organisierter Faschos und rassistischer AnwohnerInnen ausgesetzt, wogegen sie entschlossen Widerstand leisteten.
Am Samstagabend gab es in dem Neubauviertel eine antifaschistische Demonstration mit ca. 300 Leuten (weit überwiegend StudentInnen und Jugendliche aus Greifswald, davon ca. ein Drittel ausländische StudentInnen). Die Bullen (Bereitschaftspolizei aus der Region sowie BGS) bildeten in voller Montur ein gegen die Demo gerichtetes Spalier. Vor dem Heim hatten sich etwa 300 Schaulustige und Faschos versammelt, darunter die "Greifswalder Bürgerwehr", ältere Männer, die in Greifswald bekannt sind für Angriffe auf AusländerInnen und Linke.
Aus Berlin und anderen Städten kamen Leute zum Schutz des Heims. Die Nazis trauten sich keinen Angriff auf das Heim, griffen jedoch einige Antifas in der Umgebung an. Mehrere Faschogruppen wurden nach der Demo verjagt. Die Bullen verfolgten Antifa, die Neonazis in der Umgebung beobachteten. Die Nazis versuchten, durch Provokationen (rassistische Parolen, Böllerlärm usw.) Angst und Schrecken unter den StudentInnen zu verbreiten und sie am Schlaf zu hindern. Als wieder ein Faschotrupp vorbeigezogen war und sich in die Disco "Schachtel", wo AusländerInnen Hausverbot haben und sich regelmäßig Neonazis treffen, zurückgezogen hatte, wurde die Disco zerstört.
Nachdem von den Faschos Ruhe eingetreten war, umzingelten die Bullen ein Gebäude des Wohnheimkomplexes. Bewaffnet mit Helmen, Schilden und Knüppeln, traten sie die Türen ein, rissen StudentInnen aus dem Schlaf und nahmen gezielt deutsche UnterstützerInnen fest. Freigelassen wurde ein Besucher nach lauter Intervention seiner Freundin, er habe nichts damit zu tun. Eine Frau wurde barfuß und im Nachthemd rausgetrieben und ihre Personalien aufgenommen. Fünf Festgenommene wurden in Handfesseln auf einen LKW geführt und zur Bullenwache gefahren. Dort wurden sie zwei Stunden ohne Angaben von Gründen festgehalten und dann mit Platzverweis freigelassen.
Zweck der Festnahme war es offensichtlich, die Personalien von Leuten zu erfassen, die sich mit AusländerInnen und Linken in anderen Regionen solidarisieren und Naziüberfälle verhindern und zurückschlagen (wollen). Gleichzeitig geht es den Bullen darum, Flüchtlinge und ImmigrantInnen – in diesem Fall die ausländischen StudentInnen – isoliert den faschistischen Angriffen auszusetzen.
Es muß darum gehen, sich nicht von den Nazis und Bullen einschüchtern zu lassen und diese Spaltungsversuche zu durchbrechen, d. h. eine Solidarisierung gerade auch mit denen, die über den rassistischen Alltag hinaus in besonderem Maße faschistischen und rassistischen Überfällen ausgesetzt sind.
Nachdem die Nazis es auch eine Woche später nicht geschafft hatten, das Heim zu stürmen, wurden mit scharfer Munition eine Eingangstür und ein Fenster zerschossen.

Einige Antifas aus Berlin

Kurzbericht zu Hohenschönhausen, Teil 2 (Teil 1 s. Interim 212)

1. Wir
sind immer noch eine sehr kleine Gruppe sehr unterschiedlicher Menschen aus dem Berliner Westteil. Wir hatten vor 14 Tagen vorgeschlagen, unterschiedliche Gruppen in Hohenschönhausen in den Aktionen zur ZAST zu unterstützen. Wir wollen kurz berichten, wie der Vorschlag aufgegriffen wurde und wie wir den jetzigen Stand sehen.

2. Verlauf der Zelt-Aktion vom 25.-29.10.
Zur Kundgebung am 25.10. um 17 Uhr waren ca. 800 Menschen gekommen, sicherlich überwiegend aus dem Westteil. Weil wir genügend Menschen waren, konnten wir noch ne Kurzdemo machen, bei der noch Leute dazu kamen. Bei Nieselregen wurde das Zelt notdürftig eingerichtet. Gegen 20 Uhr mußte Alarm gegeben werden, weil eine größere Gruppe von Faschos gesehen wurde. Nach nicht allzu langer Zeit (Einzelheiten lassen wir hier weg, sie werden und wurden mündlich besprochen) waren viele von uns am Zelt - die Gruppe hatte sich inzwischen aufgelöst. Die Nacht über blieben genügend von uns am Zelt oder als Fahrwachen in der weiteren Umgebung im Stadtteil. Dies konnten auch die "Beobachter" merken, die sowohl in der Nähe des Zelts wie an anderen Orten nach kurzer Zeit selbst aufmerksam angesehen und z.T. fotografiert wurden. Montag früh kamen gegen 6 Uhr die ersten Flüchtlinge. Nach kurzer Intervention vom Zelt aus wurde das Tor geöffnet und sie konnten zur Wärmehalle gehen. Im Laufe des Montag kamen ca. 500 Menschen, die alle "abgefertigt" wurden - vermutlich keine "typische" Situation (es war viel Öffentlichkeit da).
Am Montag und Dienstag nachmittags waren hauptsächlich die Jüngeren aus dem Stadtteil am Zelt, später am Abend konnten nur sehr wenige von ihnen bleiben, dafür waren dann sehr viele UnterstützerInnen aus dem übrigen Berlin sowohl in der Nähe des Zelts wie in der weiteren Umgebung. Auch Di. früh wurden die Flüchtlinge sehr früh in die Wärmehalle gelassen - auch am Dienstag wurde niemand zurückgeschickt. Am Dienstag Abend zogen die BI und die Jugendlichen erste Bilanz: die wichtigsten Forderungen ihrer Aktion waren bisher erfüllt: es mußten sich keine Warteschlangen vor dem Tor bilden, die Wärmehalle wurde rechtzeitig geöffnet, niemend wurde zurückgeschickt. Es gab durch die Präsenz des Zeltes ein deutliches Zeichen gegen AusländerInnenhaß - viele ältere Menschen aus dem Stadtteil zeigten sich offen solidarisch, einige der Jüngeren schauten auf ihrem Schulweg kurz vorbei und nahmen ein Flugblatt mit. Dienstag Nacht waren wieder sehr viele Menschen in Hohenschönhausen, die dort üblicherweise seltener sind. Mittwoch war die ZAST nur für Menschen mit festen Terminen geöffnet: es kam am frühen Morgen auch niemand, für den die Stelle an diesem Tag "nicht zuständig" war, es mußte also auch niemand zurückgeschickt werden. Wie beschlossen, wurde das Zelt am Mittwoch abgebaut, die unmittelbare Aktion beendet. In den folgenden Tagen waren frühmorgens immer BeobachterInnen aus dem Stadtteil vor Ort - die Bedingungen für die Flüchtlinge haben sich zur Zeit nicht verschlechtert dort.

3. Die Einschätzung der HohenschönhausenerInnen
Ganz einfach: sie waren ziemlich begeistert. Sowohl die Älteren um die BI wie auch die Jüngeren waren mit sehr gemischten Gefühlen an die Umsetzung ihrer Zelt-Idee gegangen: niemand konnte vorher einschätzen, wie die Rechten reagieren würden, wie viele aus dem Stadtteil bei der Aktion tatsächlich mitmachen würden, ob die UnterstützerInnen auch wirklich kämen. Die Unterstützung übertraf bei weitem ihre Erwartungen. Einige der Jüngeren fanden es besonders toll, daß 3 Nächte über ihrem Zelt ne schwarz-rote Fahne mitten in Hohenschönhausen unangegriffen hängen konnte, andere mein-

ten, sie hätten sich zum ersten Mal in ihrem Stadtteil über Stunden richtig sicher gefühlt. Die BI geht davon aus, daß relativ viele Bullen in der Umgebung der ZAST wie auch im Stadtteil waren, weil es diese Zelt-Aktion gab: also nicht zur Sicherheit für die Flüchtlinge, sondern weil es das Zelt und die "UnterstützerInnen" gab, und viel Öffentlichkeit. Sie wird sich kontinuierlich um die Situation der Flüchtlinge in der ZAST kümmern. Sie würde wieder zu spektakuläreren Aktionen aufrufen, wenn sie mit dem "normalen Forderungsweg" nicht weiterkommt. Weder die Jüngeren noch die Älteren können gegenwärtig einschätzen, welche Bedeutung diese konkrete Aktion für die weitere Arbeit im Stadtteil haben wird: wird das einfach verpuffen? Bildet das nen kleinen Ausgangspunkt, auf den sich andere in weiteren kleinen Aktionen beziehen? Haben die Faschos und rechten Jugendlichen nur abgewartet, bis sich der Rummel gelegt hat, um dann zuzuschlagen?

4. Wir fanden die Tage und Nächte z.T. sehr anstrengend, aber gut. Zwischen uns war die Stimmung gut, wir konnten uns aufeinander verlassen, obwohl wir uns untereinander bisher wenig kennen, und fanden auch zu einigen der HohenschönhausenerInnen nen Draht. Wir haben uns auch gefreut, daß so überraschend viele unserer jeweiligen Bekannten und Freunde zum Zelt gekommen sind. Hier liegen für uns dann auch die Fragezeichen: wir sind nicht ganz sicher, ob wir nicht deutlicher unsere Unsicherheit darüber hätten ausdrücken müssen, was da oben zu erwarten ist: einige hatten sich offensichtlich sehr gut vorbereitet, andere haben sich zusätzlich zu ihrer Arbeit plus Terminen noch extra Nachtstunden um die Ohren geschlagen und sind dann mit nem Gefühl weggefahren:"ich reiß mir einen ab - und wofür das?" Auf den Vorbereitungstreffen für die Fahrwachen haben wir ein paar Sachen vermitteln können, aber es sind viele Gruppen und Leute nach dem Interim-Artikel oben gewesen, mit denen es nicht viel Kontakt und Absprache gab. Deshalb nochmal schriftlich: wir wissen, daß von den Rechten im Stadtteil mehrere regelmäßig die Lage gepeilt haben - und wir sind sicher, daß die Präsenz vieler unterschiedlicher Gruppen sehr deutlich war: sie hatten tatsächlich in diesen Nächten keine Chance.
Wir sind auch sicher: es gibt bei uns inzwischen viele handlungsfähige Gruppen, die sich in einem Stadtteil recht gut auskennen, den sie noch vor wenigen Tagen nichtmal auf dem Stadtplan gefunden hätten. Und das ist auch eine Voraussetzung für Kontinuität. Es haben sich in den Tagen auch andere Gruppen gefunden, die was in Hohenschönhausen machen wollen. Wir für uns haben beschlossen, den Kontakt zu den Älteren und Jüngeren soweit zu halten, daß wir zu bestimmten Anlässen <u>ihre</u> Aktionen unterstützen können.
Wir werden euch weiter darüber auf dem Laufenden halten.

Noch ne letzte Anmerkung: neben einigem Streß gabs ne Menge witziger Situationen: nachts um 3 hat ne Gruppe vor diesem Scheiß-Bau Käsekästchen auf die Straße gemalt und sich so hüpfend warm gehalten. Eine Gruppe von Hools machte drei unserer Leute beim Sprühen mit "Heil Hitler" an...und schlichen danach ohne Stiefel und Jacken nachhause.
Zwei Leute von uns trafen auf einem S-Bahnhof auf zwei junge AusländerInnen, die sich dort verblüffend unbefangen bewegten - wie waren dann sehr beruhigt, als sie am anderen Ende der Unterführung auf eine große Gruppe ausländischer Jugendlicher stießen.
Eine Gruppe erntete nicht nur freundliche Blicke, als sie sich die Nacht mit Gummibärchen und Video guckend (am Zelt) verkürzte - sie hielt als einzige bis morgens um 7 Uhr durch.

Vielleicht gewinnen wir nicht nur durch die großen Schlachten!

Protestaktion gegen den deutsch–rumänischen Roma–Deportationsvertrag

im Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche Studien in Köln

Zur Stunde protestieren zahlreichen Kölnerinnen und Kölner gegen den deutsch–rumänischen Roma–Deportationsvertrag und die Inhaftierung von drei französischen Juden, die zusammen mit Beate und Serge Klarsfeld und anderen am 19. Oktober in Rostock ebenfalls gegen den Vertrag demonstriert haben.

Eine zeitgleich mit dem Vertrag erschienene Studie über Roma in Rumänien des dem Bundesinnenministerium unterstellten Bundesinstituts für Ostwissenschaftlichen Studien liefert rassistische Argumentationshilfe: "Gelegentliche Ausschreitungen gegen Zigeuner durch vorhergehende delinquente Handlungen der Zigeuner selbst provoziert".

Dokumentation:

Keine Deportation der Roma Annullierung des Abschiebevertrags Asylrecht ist Menschenrecht Freilassung der in Rostock verhafteten Juden

Seit einer Woche sitzen die drei französischen Juden Armand Serfati, Armand Alezrah und Robert Grynblat in deutscher Haft.
Sie sollen des Hausfriedensbruchs, des Widerstands gegen die Staatsgewalt und der Gefangenenbefreiung angeklagt werden.

Die drei gehören zu einer Gruppe französischer Jüdinnen und Juden, die nach Rostock kamen, um gegen den Rassismus in Deutschland zu protestieren. Sie wollten eine Gedenktafel am Rostocker Rathaus anbringen, die die rassistischen Gewalttaten in Lichtenhagen verurteilt und an die Opfer des nationalsozialistischen Völkermords an Juden, Sinti und Roma erinnert.
Vor allem aber protestierten sie gegen den deutsch–rumänischen Abschiebevertrag.

Am 24. September hat Bundesinnenminister Rudolf Seiters in Bukarest den deutsch–rumänischen Abschiebevertrag unterzeichnet. Der Vertrag sieht vor – und das klingt zunächst ganz unverfänglich – daß die beiden Staaten Bürger, die sich illegal im jeweils anderen Land aufhalten, wieder aufnehmen – selbst wenn sie keine gültigen Pässe besitzen. Da aber 90 Prozent der Flüchtlinge aus Rumänien Roma sind, läuft der Vertrag auf die Deportation von rund 150.000 Roma hinaus. Ab dem 1. November sollen sie problemlos nach Rumänien abgeschoben werden können. Die rumänische Regierung wird für die Rücknahme der Roma mit 30 Millionen Mark bestochen.

Es ist beschämend: Die ausländische Presse hat den Vertragsinhalt unisono als Deportation der Roma verurteilt. In Deutschland aber regte sich wochenlang kein Widerspruch. Erst die Aktion französischer Juden in Rostock macht die Öffentlichkeit hierzulande darauf aufmerksam, daß der Vertrag ein Skandal ist.

Und während die Polizei in Rostock tagelang schwerem Landfriedensbruch und versuchtem Mord zusah, wurden am selben Ort französische Juden verhaftet, die gegen die rassistischen Gewalttaten protestierten. Statt Rassisten, Neo–Nazis und Claqueuren sitzen nun die Nachfahren der Verfolgten in deutscher Haft.

Schlimmer noch: An einer Gruppe von Nazi–Opfern wird vorgeführt, was die künftige Linie der Asylpolitik sein wird:
Die Abschiebung der Roma ist der Testlauf. Gegen sie wird besonders schamlos rassistische Stimmung gemacht. Zum Beispiel in Lichtenhagen: Kaum ein Politiker, der nicht Verständnis zeigte für die Gewalt der Lichtenhagener gegen die Roma.

Vor fünfzig Jahren begann der systematische Völkermord an Juden, Sinti und Roma in den Gaskammern Deutschlands. Auch in Rumänien wurden Roma unter dem Nazi–Statthalter Antonescu in die Vernichtungslager transportiert. Erneut gibt es Sonderverträge gegen Roma, werden die Nachfahren der NaziOpfer, die vor Pogromen und Elend flüchten, wieder in den Osten deportiert. Die Abschiebung von ethnischen Minderheiten nach Osteuropa weckt Assoziationen an die Bevölkerungspolitik der Nazis vor dem Völkermord.

Den Anfang dieser Politik machte, unter dem programmatischen Schlagwort "neue Flüchtlingspolitik", die Landesregierung von Nordrhein–Westfalen. In einem Vertrag, abgefedert mit finanzieller Hilfe und dem Versprechen wirtschaftlicher Kontakte an die Regierung in Skopje, vereinbarte die Regierung in Düsseldorf mit der damaligen Teilrepublik Makedonien den Rücktransport der Roma, die aus Jugoslawien nach Deutschland gekommen waren. Mit dem deutsch–rumänischen Abschiebevertrag betreibt nun auch die Bundesregierung diese Form des Menschenhandels.

Mit dieser Aktion am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche Studien protestieren wir gegen den deutsch–rumänischen Abschiebevertrag. Das Bundesinstitut untersteht dem Bundesminister des Innern und hat u.a. die Aufgabe, die "aktuellen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den Staaten Osteuropas" für Zwecke der Bundesregierung zu erforschen. Von diesem Institut soll wissenschaftliche Legitimation für politische Entscheidungen in Bonn geliefert werden. So auch für die Abschiebung aller rumänischen Roma.

Mitte September 1992, fast zeitgleich mit der Verabschiebung des deutsch–rumänischen Deportationsabkommens, erschien eine Studie über Roma in Rumänien: "'Romii' oder 'Tigani'. Versuch über Geschichte, Gegenwart und soziale Probleme der Zigeuner Rumäniens". Schon in der Vorbemerkung kommt der Autor Wolf Oschlies zur Sache: Ein Problem seien diese Menschen (rumänische Roma) gewiß, ihr Begehren nach politischem Asyl sei aber "zu hundert Prozent unbegründet". In seiner "recht mühsamen Recherche", bei der er am Ende "doch nicht recht fündig geworden ist", fährt er alle denkbaren Vorurteile gegen Roma auf: sie würden in der Bundesrepublik betteln, hätten keine Kultur, seien auf einer archaischen Stufe stehengeblieben und seien mithin "naive Randfiguren bei allem, was das Land (Rumänien) wirklich bewegte".

Vollständig disqualifiziert sich der Autor mit der Bemerkung, aus dem 2. Weltkrieg seien keine schwerwiegenden Übergriffe auf die rumänischen Zigeuner bekannt. Ein Blick in das Standardwerk von Donald Kenrick und Grattan Puxon hätte ihn eines Besseren belehren können: Das mit Deutschland verbündete faschistische Antonescu–Regime hatte die Devise: "Mäuse, Ratten, Krähen, Zigeuner, Vagabunden und Juden brauchen keine Ausweise". Annähernd 36.000 Roma fielen dem faschistischen Rumänien zum Opfer.

Über die heutige Situation meint der Autor lapidar, daß "gelegentliche Ausschreitungen gegen Zigeuner" durch "vorhergehende delinquente Handlungen der Zigeuner selbst provoziert" worden seien. Daß Roma in Rumänien Pogromen ausgesetzt sind, wie es u.a. ein Gutachten der Gesellschaft für bedrohte Völker aufgezeigt hat, scheint Oschlies unbekannt zu sein. Wo er nicht mehr weiter weiß, behilft er sich mit bloßen Vermutungen: "Das alles sah sehr nach Diskriminierung aus, war es in einem weiteren Sinne wohl auch, wurde von der Masse der Zigeuner aber nicht als solche empfunden". Obwohl auch er eingestehen muß, daß in der rumänischen Presse demagogische Hetze gegen Roma stattfindet, kommt er dennoch zum Schluß, die "neuen Bedingungen in Rumänien" wären "der Volksgruppe insgesamt und jedem Zigeuner individuell von Nutzen". "Von Nutzen" ist Oschlies mit seinem pseudowissenschaftlichen Werk tatsächlich demjenigen, dem das Bundesinstitut untersteht: Herrn Seiters.

Wir fordern die Leitung des Bundesinstituts und Herrn Seiters auf, diese rassistische Hetze einzustampfen und die Berichte international anerkannter und regierungsunabhängiger Menschenrechtsorganisationen wie Helsinki Watch, Gesellschaft für bedrohte Völker und Amnesty International zur Kenntnis zu nehmen.

Roma–Initiativen Köln
27. Oktober 1992

{28.10.92}

Kopieren--Verteilen

4.11.92 4800 Bielefeld

Wir haben heute Nacht zwei militante Aktionen gegen die faschistische Organisierung ausgeführt.

1) Der PKW von CHRISTA GOERTH wurde zerstört (Totalschaden)
(Kennzeichen: BI-KD 985; Typ: Golf II, weiß; Adresse: Danzigerstr. 44, Bielefeld; Asta Werke, Abfahrt zur Arbeit: 7.00, Arbeitsbeginn: 7.30) ← Arbeitsplatz
2) Der Versammlungssaal des Ausflugslokals PETER AUF DEM BERGE wurde durch eine extrem stinkende Flüssigkeit vorrübergehend unnutzbar gemacht.

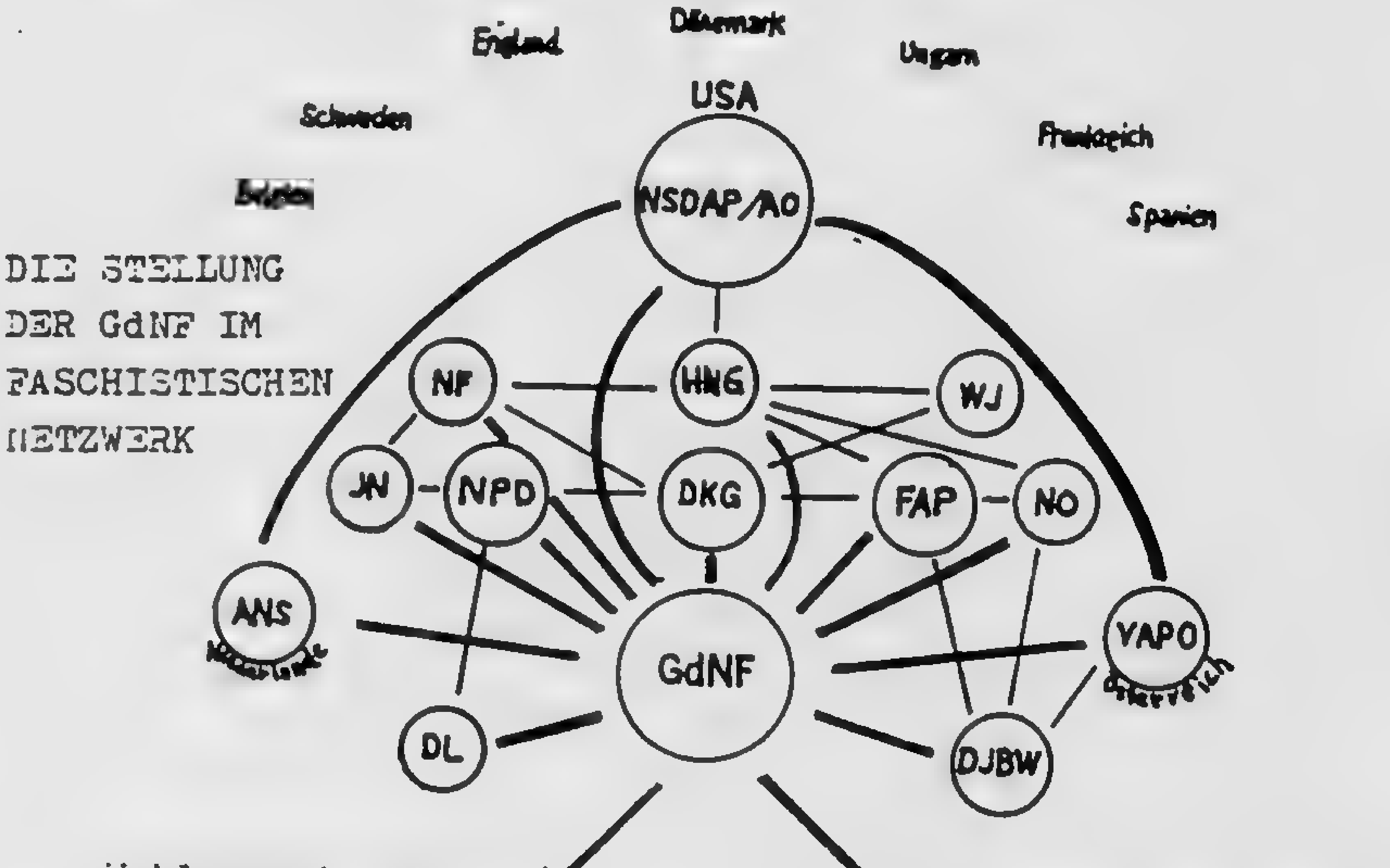
Tagtäglich können alle den Medien eine Auswahl der nächtlichen Aktivitäten der Neonazis entnehmen. Morde, Vergewaltigungen und unzählige Mordversuche ohne ein absehbares Ende und ohne das sich ein gesellschaftlich relevanter Widerstand dagegen erheben würde. Auch die Polizei hält sich stark zurück.
Wenn über Angriffe der Faschisten berichtet wird, dann wird nur von Einzeltätern gesprochen. Auch wir gehen davon aus, daß einige der an den Progromen Beteiligten nicht zu dem "Harten Kern" der faschistischen Szene zuzurechnen sind. Aber viele sind nachweislich in bestehende Strukturen eingebunden.
Diese faschistischen Strukturen sind nicht neu sondern seit Jahren bekannt und aktiv. Eine ihrer Taktiken ist die Umbenennung, so daß die Gruppen/Parteien/Kaderorganisationen etc. als neu erscheinen. Damit reagieren sie auf Verbote bzw. Verbotsandrohungen. z.B. ANS/NA (Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten)→ FAP (Freiheitlich Deutsche Arbeiterpartei).



-4-

Die Organisierung der Neonazis ist vielschichtig um möglichst viele InteressentInnen (von Altnazis über Intellektuelle, Nationalgesinnte bishin zu Jugendlichen etc.) zu erreichen. Die nach außen unabhängig wirkenden Einzelgruppen und Parteien sind jedoch intern vernetzt:

Die GDNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front)ist der zentralisierende Mittelpunkt der deutschen und z.T. internationalen Neonaziszene. Ihr Ziel ist der Wiederaufbau und die Legalisierung der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei).



DIE STELLUNG DER GdNF IM FASCHISTISCHEN NETZWERK

Antifa

Wahlorganisationen/Parteien

- DA Deutsche Alternative
- DH Deutsches Hessen
- NA Nationale Alternative
- NB Nationaler Block
- NL Nationale Liste

Vorfeldorganisationen

Antikommunistische Aktion	ANTIKO
Aktion Lebensschutz	AL
Antizionistische Aktion	AZA
Deutsche Frauen Front	DFF
Freie Gewerkschaftsbewegung	FGB
Initiative Volkswille	IV
Volksbund Rudolf Hess	VRH

Fettgedruckte Striche stehen für die der GdNF direkt zugehörigen Gruppierungen

NSDAP/AO(Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Aufbau (Ausland-)Organisation; NF(Nationalistische Front); HNG(Hilfsgemeinschaft für Nationale politische Gefangene und deren Angehörige); WJ(Wiking Jugend); JN(Junge Nationaldemokraten); NPD(Nationaldemokratische Partei Deutschland); DKG(Deutsche Kultur Gemeinschaft); FAP(Freiheitliche deutsche Arbeiter Partei); NO(Nationale Offensive); ANS/NL (Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Gau Niederlande); DL (Deutsche Liga); DJBW(Deutsches Jugendbildungswerk); VAPO (Volkstreue Außerparlamentarische Opposition)

Wir wollen jetzt auf eine der Organisationen genauer eingehen. Die HNG (Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und ihre Angehörigen).
Die HNG wurde 1979 mit dem Ziel gegründet, die Einheit der verschiedenen faschistischen Gruppen durch Unterstützung ihrer Gefangenen voranzutreiben. Für Nazis im Knast werden Rechtsanwälte organisiert und bezahlt und deren Angehörige werden unterstützt. Außerdem sorgt die HNG für die Anwerbung neuer Mitglieder, indem sie wärend oder nach Aktionen sich um festgenommene Jugendliche kümmert, auch wenn sie noch keiner faschistischen Gruppe angehören.So z.B. wärend der Angriffe auf das Flüchtlingsheim in Rostock- Lichtenhagen, wo auch Flugblätter verteilt worden sind in denen Tips und Hilfe bei Festnahmen und Ermittlungsverfahren versprochen wird.Darüberhinaus werden die gefangenen Nazis politisch unterstützt bzw. ideologisch geschult.
Die HNG ist eine Bewegung, die hier im Land, aber auch international verschiedene Strömungen und Richtungen der jeweiligenen organisationen zusammenbringt, so auch junge und alte Faschisten, sie arbeitet z.B. eng mit COBRA (Frankreich) und COFPAC (USA) zusammen, ebenfalls Gefangenenhilfsorganisationen.
Vom 25.4.84 bis März 91 war CHRISTA GOERTH Vorsitzende der HNG. Die Wahl Christa Goerth's zur Vorzitzenden bedeutete eine Wende innerhalb der HNG. CHRISTIAN WORCH wurde Schriftführer der HNG-Zeitung " HNG-Nachrichten ".
Christa Goerth ist in ihrer Funktion als Vorsitzende der HNG eine der wichtigsten Integrationsfiguren der neofaschistischen Strukturen. Unter ihrer Führung schaffte es die HNG als einzige Organisation Spaltung innerhalb der Nazis strömungsübergreifend zu verhindern.
1984 gelang es der HNG, die an der Schwulenfrage von MICHAEL KÜHNEN gespaltenen Flügel, wieder an einen Tisch zu bringen. Gleichzeitig verkörperte CHRISTA GOERTH zusammen mit CHRISTIAN WORCH den Einfluß von MICHAEL KÜHNEN innerhalb der faschistischen Szene. CHRISTIAN WORCH tritt nach dem Tod von RAINER SONNTAG als Organisator der GdNF

auf. CHRISTIAN WORCH ist der eigentliche intellektuelle Kopf der GdNF.
CHRISTA GOERTH war darüberhinaus Aktivistin der 1984 verbotenen ANS/ NA (Aktionsfront nationaler Sozialisten / nationaler Aktivisten) und ist auch nach ihrem Rücktritt als Vorsitzende der HNG ein wichtiger Kader der GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der neuen Front), sie kümmert sich weiter um den Aufbau und die Koordinierung faschistischer Gruppen aktuell z.B. auf "Kam eradschaftstreffen".
Nach eigener Aussage ist CHRISTA GOERTH schon seit über 2o Jahren in der faschistischen Szene aktiv. Sie hat sich besonders als Schlüsselfigur im Hintergrund hervorgetan. Auch in dem Nazizentrum in der Bielefelder Bleichstraße war sie häufiger zu sehen.

CHRISTA GOERTH IST EINE DER HAUPTVERANTWORTLICHEN IN DER FASCHISTISCHEN ORGANISATION !



Wir hoffen sie durch unsere Aktion nachhaltig in ihrer faschistischen Arbeit behindert zu haben.

Um neue Mitglieder zu rekrutieren veranstalten die Faschisten u.a. sogenannte Kam eradschaftstreffen. Eingeladen werden dazu bereits organisierte kleinere Gruppen und ihr Umfeld.
Am 26.9.92 fand im Ausflugslokal PETER AUF DEM BERG, Bergstraße 45, ein solches regionales Treffen mit ca. 15o Faschisten statt. Neben der Gewinnung neuer Mitglieder war der Hauptzweck dieses Treffens die Gründung einer neuen Oganisation: Der Westfalenfront.
Hier zeigt sich wieder das Schema des Aufbaus faschistischer Strukturen: Einzellpersonen werden integriert und kleinere Gruppen schließen sich zusammen um handlungsfähiger zu werden. Die zur Zeit schlimmsten Folgen dieser "effektiven Zusammenarbeit" haben wir bereits weiter oben aufgelistet.

Einer der Organisatoren dieses Treffens ist weder in Bielefeld noch in der faschistischen Szene eine unbekannte Person: THOMAS HAINKE.
Am 7.9.92 äußerte er sich im Spiegel TV bezüglich seiner Beteiligung als faschistischer Kämpfer in Kroatien:

- zu seiner Ausbildung:"... also eine direkte militärische Ausbildung, von der offiziellen Bundeswehr, nicht, aber ich bin jetzt 10 Jahre bei der Kühnentruppe(Michael Kühnen Anhängerinnen) und vorher in Kinderwehrsportgruppen usw. In den letzten 10 Jahren hat man natürlich in Deutschland und im Ausland die Wehrsporterfahrungen größeren oder kleineren Stils. Auch auf den Lagern die man in Spanien oder Frankreich mitmachen durfte."
- zu seiner Weltanschauung:"Wir kämpfen für eine neue Weltordnung. Ich kämpfe für ein freies Europa und für die weiße Rasse und die Serben sind sowieso deutschfeindlich und überhaupt germanienfeindlich und dort hat man einen gemeinsamen Gegner. Viele Deutsche haben das erkannt und versuchen nun dort runterzukommen und gegen die Leute dort zu kämpfen.".

THOMAS HAINKE ist einer von diesen "vielen Deutschen" die in Kroatien für die rechtsextreme HOS MILIZ gekämpft haben und dorthin zurück will. HOS MILIZ, Nachfolgerin der faschistischen USTASA die im 2. Weltkrieg 10.000de serbische Zivilisten massakrierte, auch damals unterstützt von deutschen Soldaten.
Im Spiegelinterview bestätigte sich auch seine leitende Funktion und Beteiligung bei dem brutalen Überfall auf die Punks im August 89 auf dem Kesselbrink.
THOMAS HAINKE hat sich auch bei der Organisation der Hess-Gedenkmärsche in Wunsiedel und anderswo besonders hervorgetan. Auch war das Treffen am 26.9.92 bei PETER AUF DEM BERG nur eines von vielen bei denen THOMAS HAINKE aktiv organisierte.
Leute wie der Wirt von PETER AUF DEM BERG geben den Faschisten Boden, Infrastruktur und somit Auftrieb. Wer sich der ganzen Entwicklung positiv gegenüberstellt, trägt ganz aktiv seinen Teil zu den Morden bei.
In letzter Zeit hat sich herausgestellt, daß es schwierig ist, Faschistentreffen zu verhindern. Einmal sind die Faschistentreffen gut und geheim organisiert und wir haben zu wenig Zeit,

eine Gegenmobilisierung zu organisieren. Zum anderen schützen die Bullen die Faschisten.
Wir sollten aufhören zu hoffen, daß der Staat grundsätzlich gegen Rassismus einschreitet. Der jetzige Terror liegt nicht grundsätzlich quer zu den Interessen der Bonzen, Militärs und Politiker. Sie haben die"Massenpsychose Ausländerhass"arrangiert, die Entladung rassistischer, antisemitischer, sexistischer Verhaltensweisen bewußt instrumentalisiert für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Das vorrangige politische Ziel ist die Absicherung des Reichtums im Norden der Erde auf Kosten der Völker im Süden. Das Verhalten der Politiker ist nicht skandalös, sondern berechnend. Auf WEIZÄCKER am 8.November zu hoffen, läßt außer acht, daß er mit türkischen Foltergenerälen befreundet ist.
Die Wut und Verzweifelung über die wachsende Armut und soziale Vereleddung in den Metropolen selbst wird in die Bahnen rassistischer Konfliktlösung (z.B. durch Terror) gelenkt.
Höhere Preise, Mieten und Schulden, niedrigere Löhne, teuere Gesundheitsversorgung, explodierende Arbeitslosenzahlen, zunehmende Obdachlosigkeit, Drogenabhängigkeit (von Alkohol über Tabletten bis zu Heroin), die ganze Masse von ungelösten Problemen kann sich rassistisch entladen.
Der Staat legt die Lunte, die faschistischen Schergen zünden sie an und wenn sie niemand löscht, hält der Terror der Nazis eine ganze Gesellschaft mit Angst und Schrecken in Schach.
Das ist das Kalkül der Reichen und Regierenden.
So bringen sie die nötige Akzeptanz für neue Gesetze und mehr Polizei in alle Köpfe. So sichern sie den notwendigen und regelbaren Zuzug und Abzug von billigen Arbeitskräften.
So wird abgelenkt von den eigentlichen Ursachen der gesellschaftlichen Mißstände.
Die faschistischen Mörder und Brandstifter sind nur die Innenseite, während gleichzeitig die "Allierten der freien Welt" (zur Zeit z.B. die kurdischen und irakischen) Dörfer und Städte in Schutt und Asche legen, BefreiungskämpferInnen foltern und durch Attentate versuchen, diese Verbrechen zu vertuschen.
Flüchtlinge sind das Ergebnis der Politik der Verarmung ganzer Kontinente durch die westlichen Staaten zur Produktion und Sicherung "unseren" Reichtums.
Für uns waren die beiden Aktionen ein guter Schritt aus dem Nichtstun und der Ohnmacht gegenüber der faschistischen Organisierung und ihren Angriffen herauszukommen.

An die
Autonomen PhysikerInnen des 2o. Jahrhunderts
+ 2oo Tonnen Ladegwicht

Auch wir wollen endlich den Sturm der Befreiung durch unseren Kiez blasen und dieses System begraben, und finden eure Seeschlacht zu Wasser einfach revolutionär!
Jedoch fehlt es uns noch an der revolutionären Praxis, wir sind zwar Autonome, aber leider keine PhysikerInnen des 2o. Jahrhunderts,

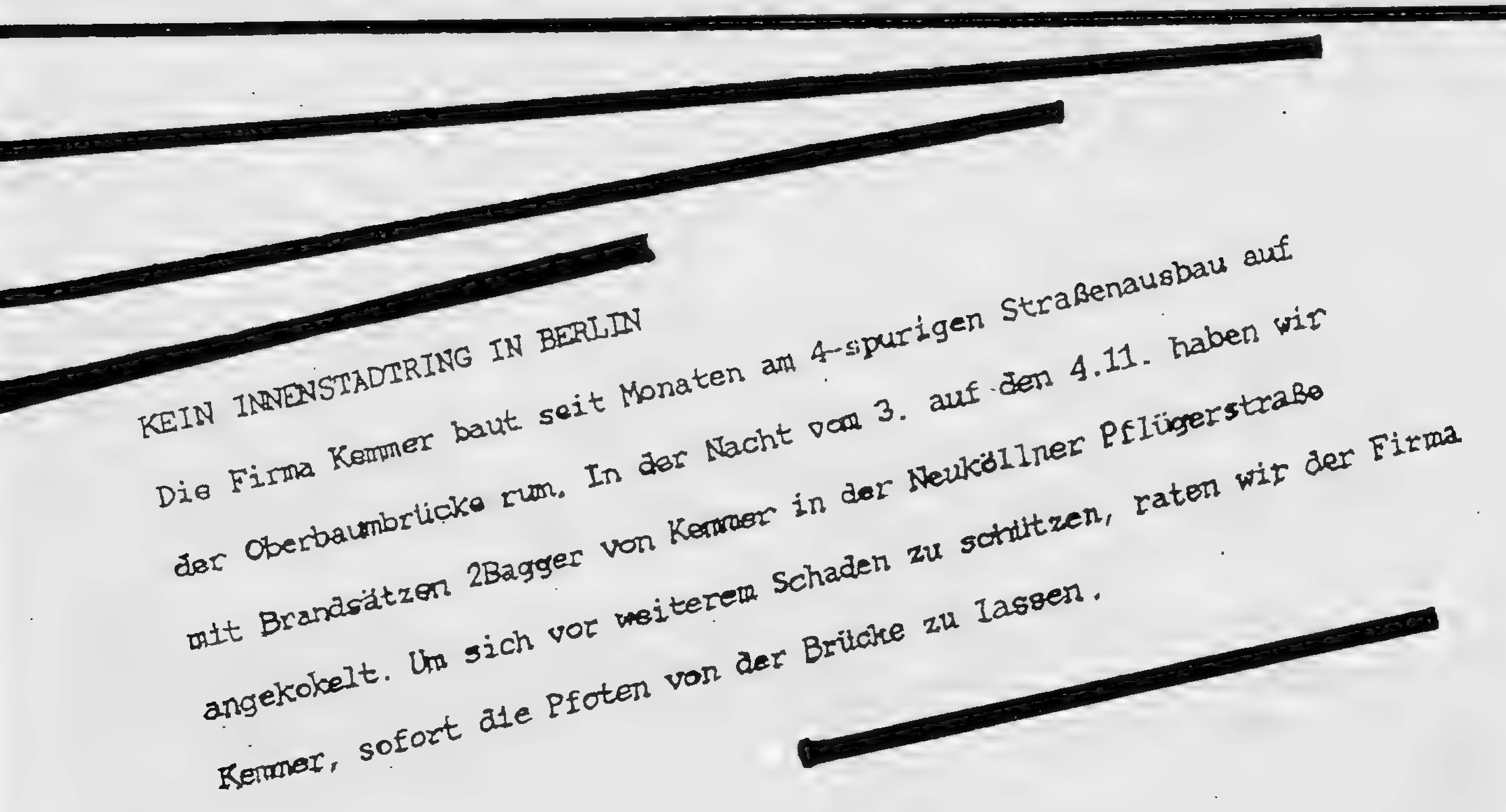
also haben wir uns tagelang in unser Badezimmer eingeschlossen und physikalische Versuche unternommen (allerdings hatten wir das Problem, daß mensch am besten ein Schiff in der Badewanne mit der Zwille versenkt), Ergebnisse, Theorien diskutiert und wieder verworfen und kamen schließlich zu den nun folgenden Möglichkeiten:

Wie versenken wir ein Schiff auf Kreuzberger Art?

1. Viele, viele autonome Schiffeversenker stellen sich auf eine Bordseite des Schiffes. Wir denken, daß diese Methode nur im Sommer möglich ist.
2. Wir besorgen uns einen Akkuschrauber und bohren viele kleine Löcher in das Schiff. Diese Theorie haben wir sehr lange diskutiert und verbessert. Wir stellten fest, daß wir keinen wasserdichten Akkuschrauber uns basteln müssen, da wir die Löcher ja auch von innen bohren können! Außerdem können wir die kleinen Löcher mit Hilfe einer Brechstange vergrößern und den Versenkungsprozeß beschleunigen.
3. Die Staubsaugertheorie: einfach vollpumpen, jedoch wissen wir noch nicht, ob es leistungsfähige, batteriebetriebene Pumpen gibt.
4. Wie wir ja alle vom Benzin klauen früher noch wissen, gibt es ein physikalisches Phänomen, nämlich,daß das Benzin durch einen angesaugten Schlauch einfach so rausfließt. Also wir hängen einen Schlauch ins Wasser und saugen in im zu versenkenden Schiff an, bis das Wasser läuft.

Wir hoffen, wir haben des Rätsels Lösung!

Autonome BinnenschiffahrtswegeanwohnerInnen von 1992



KEIN INNENSTADTRING IN BERLIN

Die Firma Kemmer baut seit Monaten am 4-spurigen Straßenausbau auf der Oberbaumbrücke rum. In der Nacht vom 3. auf den 4.11. haben wir mit Brandsätzen 2Bagger von Kemmer in der Neuköllner Pflügerstraße angekokelt. Um sich vor weiterem Schaden zu schützen, raten wir der Firma Kemmer, sofort die Pfoten von der Brücke zu lassen.

INTERNATIONAL ... hune

... The Wash...

..., NOVEMB...

PRESSEMITTEILUNG

Am 29.10.92 wurde von uns in der Wiesbadener Fußgängerzone ein Stand der Republikaner zerstört und mit Farbe übergossen. Diese Aktion war nötig, um diesen smarten Faschisten zu zeigen, daß sie in Wiesbaden nicht ungestört ihre Propaganda verbreiten können und um die Verbreitung selbst zu verhindern. Real konnten sie das ca.20 Minuten ungehindert tun.

Die REP's sind die geistigen Hintermänner für die faschistischen Angriffe auf AsylbewerberInnenheime und ausländische Menschen. Sie verbraten in ihrer Propaganda die Ideologie der reinen, deutschen Rasse und fordern ihre Handlanger unverholen dazu auf, selber aktiv zu werden. Nach REP-Parteitagen gibt es regelmäßig faschistische Anschläge gegen ausländische MitbürgerInnen, so z.B. in Geisenheim nach dem REP-Parteitag im Taunus.

Sie beteiligen sich an der Umlenkung der Aggressionen der Menschen, produziert durch soziale Probleme, gegen AsylbewerberInnen, um so von den wahren Verantwortlichen abzulenken. Es war schon immer einfacher nach unten zu treten, anstatt nach oben.

Wir finden die Zeit zum Reden mit Nazis ist vorbei. Jeder und jede weiß wohin ihre Propaganda führt. Täglich brennen die Unterkünfte von AsylbewerberInnen, sterben Menschen in Deutschland. Die Zeit zum Handeln ist mehr als reif. Antifaschistische Bildung einerseits, konkretes Anpacken andererseits.

Wir begrüßen die Aktion der französischen Juden in Rostock.

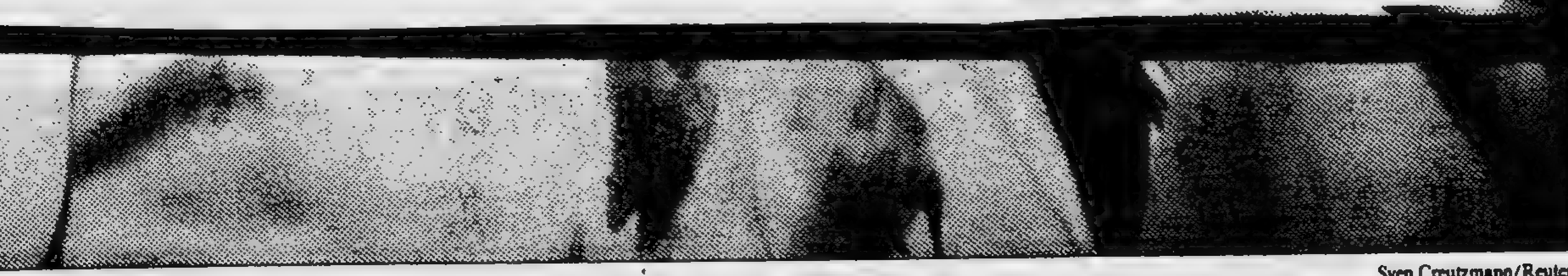
Mit antifaschistischem Gruß aus Wiesbaden

Ausländische und deutsche, männliche und weibliche AntifaschistInnen

WARNUNG:

In der Interim 209 vom 1. 10. 92 ist auf Seit 18ff eine Anleitung zum Abfackeln von Bonzenautos abgedruckt.
Wenn Ihr, wie in der Anleitung vorgeschlagen vorgeht, gefährdet Ihr Euch selbst.
Der Haken ist nämlich:
Wenn Ihr ein Benzinölgemisch in das Innere eines Fahrzeugs kippt, entsteht ein explosives Benzin-Luft-Gemisch. Wird das entzündet, kann ein großer Feuerball aus dem Wageninneren schlagen, der auch Euch selbst erfassen kann. Daher dürft Ihr auf keinen Fall aus nächster Nähe einen brennenden Lapppen ins Fahrzeug werfen.

AG Praxistest



Sven Creutzmann/Reuters

President Richard von Weizsäcker of Germany, splattered by eggs thrown as he tried to address the Berlin rally Sunday.

ES LEBE DER TELLERRAND-PROVINZIALISMUS!!!

Wir fanden, daß es auf Grund der Verschärfung des Krieges in Kurdistan wichtig war, eine Demonstration zu organisieren. An der Organisation beteiligten sich kurdische, türkische und deutsche Gruppen und Organisationen. Die Demo fand am 24.10.1992 statt. Durch die breite Mobilisierung und die hochaktuelle Situation in Kurdistan hätten wir eine große TeilnehmerInnenzahl erwartet. Von den vielen, die wir erwartete hatten, kamen jedoch nur 600 bis 700 Frauen und Männer. Das lag sicher auch daran, daß parallel zu einer Großdemonstration in Frankfurt mobilisiert wurde, an der sich wahrscheinlich viele KurdInnen und TürkInnen aus Berlin beteiligten. Vielleicht waren auch viele in Greifswald oder auf der Demo in Celle. Trotz der geringen Anzahl war die Demo relativ gut. Viele waren mit Transparenten und Fahnen gekommen und es wurden durchgängig Parolen gerufen. Insgesamt war die Stimmung ganz gut und wir haben es geschafft, inhaltlich etwas zu vermitteln. Das einzige Problem waren - wie immer - die RKs, TKP/ML-maoist merkezi, Sabedaran und alles was sonst noch so dazu gehört (RIM-Spektrum).Sie kamen mit eigenem Lautsprecher(kinder)wagen und dröhnten den ganzen zweiten Teil der Demo zu. Wir hatten vorher über informelle Kontakte versucht, mit ihnen Absprachen zu treffen, in denen sie zugesagt haben, daß sie nicht mit eigenem Lautsprecherwagen kommen. Als sie darauf angesprochen wurden, antworteten sie, daß diese Absprachen mit den RKs getroffen worden seien, nicht aber mit der TKP/ML-maoist merkezi.

Für uns OrganisatorInnen hat sich bei der Demo erneut bestätigt, daß sich die Linke hier nicht mehr zu Internationalem verhält. Es waren ziemlich wenige Autonome/Antiimps auf der Demo zu sehen. Die letzten großen Mobilisierungen mit internationalem Bezug fanden zur Zeit des Golfkrieges statt, wenn auch ab diesem Zeitpunkt ein Einbruch des Internationalismus und das absolute Zurücknehmen von Positionen einsetzte.

In dem Maße wie die eigene revolutionäre Perspektive verloren ging, verschwand auch der Internationalismus aus dem Bewußtsein und den konkreten politischen Initiativen. In den Jahren zuvor hatte es noch die Klarheit gegeben, daß wir das imperialistisch-patriarchale System nur international zerschlagen können, und daß wir deswegen die eigene revolutionäre Perspektive nur in Verbindung mit den Kämpfen weltweit entwickeln können.

Nach dem Golfkrieg gab es nur noch Antifa-Mobilisierungen, zu denen auch immer sehr viele kamen. Es war auch immer wichtig, daß es diese Mobilisierungen gab und daß viele kamen, aber insgesamt fehlte in allen Kämpfen der Bezug auf Internationalismus. Wie wir in unserem Aufruf bereits klar erwähnt haben, gehört der Rechtsruck nach innen, dessen Spitze die rassistischen und faschistischen Angriffe sind und die Vorbereitung der BRD, Kriege nach außen wieder offen führbar zu machen, zusammen. Schließlich ist die BRD zur zweiten imperialistischen Führungsmacht aufgestiegen und arbeitet weiter daran, ihre Interessen weltweit auch kriegerisch durchzusetzen. Die Rolle,die die BRD z.B. in der Türkei oder im Krieg gegen das kurdische Volk spielt, ist ganz klar. Für uns besteht die Gefahr, daß die Linke sich nicht mehr zu Internationalem verhält, sondern nur noch in antifaschistischen Mobilisierungen gebunden ist. Diese beschränken sich größtenteils auf ein Reagieren auf konkrete Ereignisse und tragen so den Charakter von reinen Abwehrkämpfen. Vom Internationalismus nichts weiter übriggeblieben ist als leere Worthülsen. Der Provinzialismus scheint den

Internationalismus abgelöst zu haben, so daß mensch nicht mehr in der Lage ist, über seinen eigenen Tellerrand hinauszuschauen. Es lebe der Tellerrand-Provinzialismus!!
Das gilt nicht nur für Autonome, sondern auch für den Großteil der türkisch-kurdischen Organisationen, die sich an den Kämpfen hier nicht beteiligen. Meistens sind diese Organisationen mit ihren parteipolitischen und innerparteilichen Auseinandersetzungen so beschäftigt, daß sie nicht mehr in der Lage sind, sich an außerparteilichen Aktivitäten zu beteiligen. Diese Organisationen gehen bestenfalls noch auf Demos, die von ihnen selbst (mit)organisiert wurden.

Eine Ausnahme bilden hierbei die TKP/ML-maoist merkezi und andere zum RIM-Spektrum gehörende Organisationen, die allerdings auf jeder Demo vertreten sind, und versuchen sie für sich zu vereinnahmen. Darauf können wir gerne verzichten!!!

Internationalistisches Aktionsbündnis Kurdistan

---

9. NOV. '74
HOLGER MEINS ERMORDET

Holger Meins stirbt in der Haftanstalt Wittlich nach sechs Wochen (fünfzig Tagen) Hungerstreik. Am Vortag war die künstliche Ernährung ausgesetzt worden und der zuständige Arzt in Urlaub gefahren.
Noch wenige Stunden vor dem Tode von Holger Meins hatten mehrere Verteidiger bei dem zuständigen Richter Dr. Prinzing eine Verlegung in ein Krankenhaus verlangt. Der Richter hatte diese Anträge abgelehnt.

"für den fall, daß ich vom leben in den tod komme
war`s mord....
glaubt den lügen der schweine nicht."
h.m.

23 Jahre Krieg in Nord-Irland

"Wir sind diejenigen, die mehr Tote zu beklagen haben, als irgendeine andere Gruppe."

Interview mit einem Vertreter der Republikanischen Bewegung in Irland

Im Mai dieses Jahres war ein Mitglied des POW-Department aus Belfast in Deutschland zu Besuch. Die Irland-Solidaritätsgruppen führten nachfolgendes Interview mit ihm. Die irischen politischen Gefangenen nennen sich selbst Kriegsgefangene (POW = Prisoner Of War). Sie gehören der irisch-republikanischen Bewegung an. Aus der dringenden Notwendigkeit die Gefangenen zu unterstützen, und um die Arbeit besser koordinieren zu können, gibt es drei POW-Büros in Irland.

Frage: Sean, danke für dein Kommen. Du bist vom POW-Department in Belfast. Kannst du in wenigen Sätzen erklären, was für eine Organisation das ist und was ihr macht?

Sean: Also, das Ziel des POW-Depart. ist es, den Kontakt zwischen den republikanischen Gefangenen und der republikanischen Bewegung zu erleichtern und zu koordinieren. Das heißt, das POW-Depart. hat MitarbeiterInnen, die mit den Gefangenen in allen Gefängnissen in regelmäßigen Kontakt stehen, egal, ob das Gefängnis in Irland, England, Amerika oder Europa ist.

Es gibt im Moment etwa 7oo Gefangene - irische politische Gefangene - und die Aufgabe des Departments besteht darin, den Kontakt zwischen ihnen zu festigen und sie als Teil der republikanischen Bewegung über den Verteidigungskrieg auf dem Laufenden zu halten.

Das POW-Depart. beteiligt sich an allen Knastkampagnen, die im Namen der Gefangenen stattfinden. Zur Zeit gibt es fünf Hauptkampagnen. Das sind:

- die Kampagne für den Stop der Auslieferungen von irischen politischen Gefangenen vom europäischen Festland nach England und von Irland nach England.
- die Kampagne zur Beendigung der "Zwangsintegration" im Crumlin-Road-Gefängnis (Untersuchungsknast in Belfast).
- die Kampagne gegen die Nacktdurchsuchung bei gefangenen Frauen im Gefängnis von Maghaberry.
- die Kampagne zur Freilassung von Gefangenen, die zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurden
- und die Kampagne zur Freilassung von Leuten, die Taten beschuldigt sind, die sie nicht begangen haben.

Das sind die Hauptkampagnen, an denen das POW-Depart. beteiligt ist.



Es arbeiten acht Leute im Depart. in Belfast, eine Person in Dublin und zwei in Derry. Das POW-Depart. wird auf allen Sinn Fein Ebenen (Sinn Fein heißt: "Wir Selbst" und ist die älteste Partei Irlands, politischer Flügel der IRA) repräsentiert, und arbeitet an der Idee einer Amnestie für alle republikanischen Gefangenen.

Es (das Depart.) beteiligt sich an Geldsammlungen durch den Verkauf einer Zeitschrift, die von den Gefangenen selbst geschrieben wird. Diese Zeitschrift heißt "The Captive Voice".

Und es beteiligt sich am Verkauf der Musik-Kassette "Music from the Blocks", die über das POW-Depart. erhältlich ist. Dieses Band wurde in den H-Blocks von Long Kesh produziert und aufgenommen. Eine andere Kampagne, an der das POW-Depart. beteiligt ist, ist die Verlegung irischer Gefangener aus Gefängnissen in England in irische Knäste.

Frage: Wieviele republikanische Gefangene sind in Nord-Irland und England im Knast?

Sean: Zur Zeit sind 32 republikanische Gefangene in England inhaftiert, und 650 im Norden Irlands. Diese Gefangenen sind auf drei Knäste verteilt: Long Kesh - durch die "H-Blocks" bekannt geworden, das Crumlin - Road-Gefängnis und das Maghaberry-Frauen-Gefängnis. Es sind auch republikanische Gefangene im Süden Irlands inhaftiert : im Portloise-Gefängnis und eine Frau im Gefängnis von Limerick. Es gibt acht Gefangene in Europa und einen in New York.

Frage: Kannst du etwas sagen zu den derzeitigen Haftbedingungen, besonders zu denen in Crumlin-Road und zu denen in Maghaberry nach den gewaltsamen Nacktdurchsuchungen im März?

Sean: Also, im Crumlin-Road-Gefängnis gibt es im Moment die sog. "Zwangsintegration". Das bedeutet, daß republikanische und loyalistische Gefangene gezwungen werden in den selben Räumen und im selben Gefängnisflügel zusammenzuleben. Diese Gruppen von Gefangenen leben außerhalb des Knastes nicht zusammen. Sie gehören unterschiedlichen politischen Gruppierungen an, und wenn sie im Crumlin-Road-Gefängnis eintreffen, wird von ihnen erwartet, daß sie zusammenleben und miteinander klarkommen. D.h., daß republikanische Gefangene, die außerhalb des Gefängnisses Ziel loyalistischer Angriffe waren, sich jetzt mit genau den Loyalisten, die die Angriffe ausführten, im Knast befinden. Die Gefängnisleitung erwartet, daß diese beiden Gruppen harmonisch Seite an Seite zusammenleben, und das ist völlig unmöglich. Das Resultat daraus sind ständige Kämpfe zwischen den beiden Seiten der Gefangenen.

Es sind sehr schlechte Lebensbedingungen: die Gefangenen sind gezwungen, 23/24 Stunden am Tag in den selben Räumen zu leben. Sie sind ständig von Angriffen bedroht. Das verschuldete bereits den Tod zweier Gefangener durch eine Explosion und die Verletzung unzähliger anderer. Es gab Vorfälle, wo Gefangene durch Stiche verletzt wurden, wo Gefangene mit kochendem Wasser übergossen wurden, und die Gefängnisleitung hat die Gefangenen gezwungen, unter diesen Bedingungen zu leben.

Zur Zeit gibt es eine Kampagne, um für die Gefangenen bessere Lebensbedingungen zu erreichen, und durchzusetzen, daß die Gefangenen getrennt in seperaten Flügeln untergebracht werden. Jede politische Partei in den sechs Grafschaften Irlands unterstützt diese Kampagne. Alle stimmen sie darüber ein, daß loyalistische und republikanische Gefangene getrennt untergebracht werden sollten. Die britische Regierung hat sich geweigert, den Forderungen nach besseren Bedingungen und der Beendigung der "Zwangsintegration" Folge zu leisten. Sie verlängert dadurch eine ohnehin angespannte Situation, und die Verantwortung für ernsthafte Verletzungen bei Gefangenen liegt somit bei der britischen Regierung. Sie könnte von heute auf morgen diese Situation durch die Trennung der Gefangenen ändern. Bis jetzt hat sie sich jedoch geweigert.

Der Widerspruch bei all dem ist, daß das Crumlin-Road-Gefängnis ein Untersuchungsgefängnis ist, für Gefangene mit noch offenem Urteil. Sobald ein Gefangener verurteilt ist, wird er nach Long Kesh verlegt, wo er getrennt von loyalistischen Gefangenen leben kann. Sie zwingen also die Leute, für ein Jahr oder 18 Monate mit loyalistischen Gefangenen zusammenzuleben, ständig von Tod und schweren Verletzungen bedroht. Dann, wenn sie verurteilt sind, verlegen sie sie in einen anderen Knast und lassen sie friedlich leben mit Leuten ihrer eigenen Wahl.

Im Maghaberry-Frauen-Gefängnis gibt es 30 republikanische Gefangene, alles Frauen, manche in Untersuchungshaft, andere verurteilt. Dort wird die sog. "Nacktdurchsuchung" praktiziert, wobei eine Gefangene, die den Knast verlassen hatte und dann zurückkommt, gezwungen wird, all ihre Sachen vor den Augen der Gefängnisbeamten auszuziehen. Und sie wird gezwungen, ihre Hände zu heben, sodaß sie unter den Armen durchsucht werden kann. Sie wird gezwungen sich umzudrehen, sodaß ihr Körper von allen Seiten betrachtet werden kann. Es ist eine total erniedrigende Praktik.

Am 2.März dieses Jahres wurden die Gefangenen informiert, daß unter dem Vorwand einer "Gefährdung für die Sicherheit" eine Nacktdurchsuchung aller gefangenen Frauen durchgeführt werden soll. Die Gefangenen weigerten sich, damit zu kooperieren. Eine Sondereinheit wurde ins Gefängnis gebracht. Alle Frauen wurden in ihre Zellen eingeschlossen, und die Gefängnis-Sondereinheit ging systematisch von Zelle zu Zelle und rissen jeder einzelnen Frau gewaltsam die Kleidung herunter. Einige der Frauen hatten zu dieser Zeit ihre Periode. Die Gefängnis-Sondereinheit schenkte dem keine Beachtung, sie fuhren mit der Durchsuchung fort und entfernten den Hygieneschutz der Frauen. Dann gingen sie weg und ließen die Frauen nackt auf dem Boden ihrer Zelle liegen.

An jeder Nacktdurchsuchung waren fünf oder sechs Gefängnisbeamte beteiligt, die in die Zellen gingen, die Frauen gewaltsam am Boden festhielten und ihnen die Kleidung herunterrissen. Sie haben nicht die Zellen der Frauen durchsucht. Sie haben die Frauen nur angegriffen, sie sexuell angegriffen und sie dann nackt auf dem Boden liegengelassen.

Ein Vorfall: Zwei der gefangenen Frauen hatten sich in ihren Zellen verbarrikadiert. Als die Gefängnis-Sondereinheit in die Zelle eingedrungen war, zerrten männliche Gefängnisangestellte eine Frau aus ihrer Zelle durch den Gang des Gefängnisses in eine andere Zelle und auf dem Weg dorthin griff einer dieser Beamten die Frau sexuell an, indem er ihr zwischen die Beine packte.

Die Frauen wehrten sich gegen diesen Angriff auf ihre Würde und ihren Körper. Für diesen Widerstand wurden sie vor ein Gefängnisgericht gebracht und sie verloren, was als Gefängnisprivilegien gilt: das Recht auf Umschluß und das Recht, an Bildungskursen teilzunehmen. Einige der Frauen wurden von den Gefängnisangestellten physisch mißhandelt. Dadurch wurden viele von ihnen schwer verletzt. Eine der Gefangenen, Karen Quinn, mußte in ein Krankenhaus außerhalb des Gefängnisses gebracht werden, wo sie mit gebrochenem Wangenknochen und anderen schweren Gesichtsverletzungen behandelt wurde.

Zur Zeit sind die Bedingungen in Maghaberry sehr schlecht. Den Frauen wird der zweimalige Hofgang pro Tag verweigert. Es ist Sommer. Und allen in Long Kesh und Crumlin-Road ist der Zugang zu den Höfen von sechs bis sieben Uhr abends gestattet. Die Verantwortlichen im Maghaberry-Gefängnis wollen den Frauen nicht erlauben, auch abends auf den Hof zu gehen. Das ist ein anderer Versuch, den Willen der Frauen zu brechen.

Die Bedingungen in Long Kesh sind im Moment ziemlich entspannt. Das ist möglich geworden durch die enormen Opfer, die von den Hungerstreikern und den "Blanketmen" erbracht wurden und durch die enorme Arbeit, die die Verwandten, die Ehefrauen, Mütter und Partner der Gefangenen während der Hungerstreikkampagne leisteten. (Anm.: der Hungerstreik 1981, bei dem 10 Gefangene starben, fand eine große Unterstützung in der katholischen Bevölkerung).

Dadurch wurde so viel Druck auf die britische Regierung ausgeübt, bessere Bedingungen in Long Kesh einzuführen, daß es jetzt ziemlich entspannte Haftbedingungen gibt. Der Versuch der britischen Regierung, die republikanischen Gefangenen in Long Kesh zu kriminalisieren, ist fehlgeschlagen, aber die britische Regierung versucht weiterhin, die republikanischen Gefangenen im Crumlin-Road-Gefängnis und in Maghaberry zu kriminalisieren. Auch diese Versuche werden scheitern.

Im Portloise-Gefängnis sind z. Zt. 40 republikanische Gefangene. Dieses Gefängnis befindet sich im Süden Irlands. Einige dieser Gefangenen sind jetzt seit 13 oder 14 Jahren im Knast ohne eine Aussicht auf Freilassung. Das POW-Depart. ist an einer Kampagne zur Freilassung dieser Gefangenen beteiligt.

Im Norden Irlands ist die Situation so, daß Leute von der Straße weg verhaftet und ins Verhörzentrum Castlereagh gebracht werden, wo die RUC (paramilitärische Polizei) sie verhört. Sie werden geschlagen und gezwungen, Geständnisse zu unterschreiben, die sie beschuldigen, an Angriffen auf die RUC und die britische Armee beteiligt gewesen zu sein. Die überwältigende Mehrheit dieser Leute ist unschuldig. Aber aufgrund der Verhöre und der brutalen Verhörtechniken sagen sie aus, daß sie an diesen Aktionen beteiligt waren. Und sie werden für schuldig befunden von einem Gericht ohne Jury; es gibt keine Jury, nur einen Richter, und das ist ausnahmslos ein Richter mit unionistischen/loyalistischen Hintergrund. Die Person wird für schuldig befunden und zu einer langen Freiheitstrafe verurteilt, von 10 - 20 Jahren bis hin zu lebenslänglich. Es gibt Fälle - unzählige Fälle - von Gefangenen, die jetzt inhaftiert sind seit 10, 12, 13 oder 14 Jahren für etwas, was sie nicht getan haben.

Frage: Was geschah nach den Nacktdurchsuchungen in Maghaberry? Gab es irgendwelchen Protest gegen diese Folter und sexistischen Übergriffe?

Sean: Ja, das ist richtig. Die Verwandten der Frauen kamen zusammen und gründeten ein Komitee "Angehörige gegen Nacktdurchsuchungen". Sie begannen Kontakte aufzubauen zu Zeitungen, Stadträten, politischen Parteien und der katholischen Kirche. Sie machten die gewaltsamen Nacktdurchsuchungen öffentlich. Sie schrieben an zahlreiche Gruppen außerhalb Irlands. Sie beteiligten sich an Demonstrationen und Kundgebungen vor dem Maghaberry-Gefängnis und trafen sich mit verschiedenen Frauen- und Menschenrechtsgruppen, um die Nacktdurchsuchungen zu thematisieren. Dadurch entwickelte sich ein starker Druck auf die Verantwortlichen, die Nacktdurchsuchungen zu beenden.

Frage: Es gibt da eine andere Gruppe: "Solidaritätsgruppe für irische Gefangene in Europa". Wie lange gibt es sie schon und was ist deren Aufgabe?

Sean: Diese Gruppe wurde 1988 nach der Verhaftung von Gerry Hanratty und Gerry McGeough gegründet. Das Ziel dieser Gruppe ist, Geld aufzutreiben, um den Familien der irischen Gefangenen in Europa zu ermöglichen, rüberzufahren und den/die Gefangene/n zu besuchen. Ihr Ziel ist auch die Thematisierung und Darstellung der Haftbedingungen, unter denen die Gefangenen inhaftiert sind.

Z.Zt. sind acht irische Gefangene in europäischen Knästen. Vorher waren es schon mal 12 oder 14. Die Gruppe ist mit allen Gefangenen in Kontakt und hilft jeder/m Gefangenen ihren/seinen Fall öffentlich zu machen. Im Moment sind die Auslieferungsanträge gegen alle Gefangenen die größte Sorge der Gruppe. Von den acht in Europa inhaftierten Gefangenen sind alle schon einmal innerhalb Europas ausgeliefert worden. Die Gruppe hat das Gefühl, daß alle europäischen Länder nach dem Willen

der britischen Regierung handeln, wenn es darum geht, diese Leute auszuliefern und so lange wie möglich einzusperren.

Frage: Was denkst du über den Prozeß in Düsseldorf gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough? Der Prozeß ist bald zuende und hat fast zwei Jahre gedauert. Hat sich an deiner Einschätzung über den Prozeß irgendetwas geändert?*

Sean: Die beiden sind seit 1988 inhaftiert. Das sind fast vier Jahre Gefängnis. Sie sind keiner der Anklagepunkte für schuldig befunden worden. Als sie verhaftet wurden, verbreiteten die britischen Medien die Geschichte, sie seien die "Top-IRA-Leute" in Europa, sie wären verantwortlich für unzählige Morde und Bombenanschläge. Gerry Hanratty und Gerry McGeough konnten nicht unzähliger Morde und Bombenanschläge überführt werden. Die meisten Anklagepunkte gegen sie sind fallengelassen worden, und die Freiheitsstrafe, zu der sie wahrscheinlich verurteilt werden, ist bereits mit der Untersuchungshaft abgesessen.
Das Ziel des Prozesses gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough war den irischen Befreiungskampf zu denunzieren. Während des gesamten Prozesses ist die irische Befreiungsbewegung kontinuierlich als internationale Terroristenverschwörung bezeichnet worden, wogegen die britische Regierung als "Peacekeeper" (Friedensstifter) zwischen zwei Kriegsparteien in Irland dargestellt wurde. Die deutsche Justiz entschied, sich auf zusammengebastelte und fehlerhafte Beweise und auf sog. Beweise von britischen Terrorexperten zu berufen. Als Gerry McGeough beantragte, daß zwei Menschenrechtsaktivisten aus dem Norden Irlands - Pfarrer Desmond Wilson und Bernadette McAliskey - bei der Beweisaufnahme aussagen können, wurde dies vom Gericht verweigert. Die deutschen Behörden waren nur bereit, der britischen Seite zuzuhören.
Nun, Gerry Hanratty und Gerry McGeough waren sehr erfolgreich beim Aufwerfen der Frage nach der britischen Rolle und der britischen Anwesenheit in Irland.
Ich denke, Gerry Hanratty wird nach Ende seiner Haft in Deutschland in die sechs Grafschaften (Nord-Irland) ausgeliefert. Gerry McGeough ist bereits nach New York ausgeliefert worden, wo er wegen eines Verstoßes gegen das Waffengesetz angeklagt ist.
Dieses zeigt noch einmal die Auslieferungstaktik gegen irische Gefangene in Europa, die nach dem Willen der britischen Regierung von einem Land ins andere geschoben wurden.

Frage: Wer sind die anderen irischen Gefangenen in deutschen Gefängnissen?

Sean: Im Moment sind drei andere Gefangene in deutschen Gefängnissen: Donna Maguire, Paul Hughes und Sean Hick. Diese drei sind an der belgisch-niederländischen Grenze verhaftet und nach Deutschland ausgeliefert worden. Sie befinden sich jetzt zwischen sechs und zehn Monaten in Deutschland in Haft. Die Ermittlungen der deutschen Behörden konnten noch keine Anklagen gegen die drei hervorbringen,** sie sind gegenüber jeder Anklage, die gegen sie erhoben werden könnte, unschuldig und sie sollten sofort freigelassen werden.

Frage: Weißt du etwas über ihre Haftbedingungen?

Sean: Im Moment lebt Donna Maguire unter relativ humanen Haftbedingungen. Sie hat die Möglichkeit, mit anderen Gefangenen zusammenzukommen. Sie hat nur eine Stunde Hofgang am Tag; wenn es regnet, wird ihr der Hofgang gestrichen. Sie erhält Bücher und Zeitschriften, aber persönliche Briefe von ihrer Mutter und Freunden werden Donna nicht ausgehändigt. Donna hat immer wieder darum gebeten, Briefe von ihren Eltern ausgehändigt zu bekommen, jedesmal ist es jedoch von dem für ihren Fall zuständigen Richter abgelehnt worden.
Sean Hick und Paul Hughes haben in ihrem Gefängnis ebenfalls die Möglichkeit, miteinander und mit anderen Gefangenen in Kontakt zu treten. Auch sie leben unter relativ humanen Knastbedingungen.

Frage: Ist es Angehörigen möglich, sie zu besuchen?

Sean: Ja, es ist möglich, aber es ist sehr teuer, und es ist das Ziel der "Solidaritätsgruppe für irische politische Gefangene in Europa", das Geld für die Familien aufzutreiben, damit diese die Gefangenen besuchen können. Da die Gefangenen so viele 100 Meilen entfernt inhaftiert sind, können die Familien sie leider nur drei oder vier mal im Jahr besuchen.

Frage: Gibt es da Schwierigkeiten bei Besuchen und was sind die Unterschiede zu den Besuchsbedingungen in Nordirland?

Sean: Also, die Besuchssituation in den sechs Grafschaften ist insofern anders, als daß du dort während deines Besuches mehr Privatsphäre hast. Wenn du in Deutschland Gefangene besuchst, sitzen ein Dolmetscher und ein Polizeibeamter neben dir. Sie können jedes Wort hören, das du sprichst; da kannst du kein persönliches Gespräch führen, jedes Wort, das du sagst, wird festgehalten.
In den 6 Grafschaften, in Long Kesh sind die Haftbedingungen relativ gut, da gibt es ein bißchen Privatsphäre. In Crumlin-Road-Gefängnis und im Gefängnis von Maghaberry gibt es sog. "open plan visits". Das bedeutet, neun oder zehn Tische stehen in einem großen Raum, und an diesen Tischen finden die Besuche statt. Du siehst alles, was um dich herum vorgeht. Die Gefängnisbeamten stehen vielleicht drei oder vier Meter von dir weg, aber trotzdem hast du dort keine Privatsphäre. Das hat verheerende Auswirkungen auf Beziehungen. Wenn der Partner oder die Ehefrau einen Gefangenen besuchen kommt, herrscht zwischen beiden oft eine angespannte Atmosphäre, da sie fühlen, daß sie so nicht über persönliche Probleme diskutieren können. Sie können nicht über Eheprobleme oder finanzielle Probleme reden, wenn ihnen jeder zu- sehen kann. Dadurch können sie sich während der Besuche nur über bestimmte, beschränkte Themen unterhalten. Unzählige Ehen und Beziehungen zerbrechen unter dieser Belastung, da Probleme nicht gelöst werden können, weil es keine Privatsphäre gibt. Einige Gefangene, die mit 18, 19 oder 20 ins Gefängnis kommen und 11 oder 12 Jahre später immer noch drin sind, sind oft unfähig, sich ihrem Partner gegenüber auszudrücken. Die lange Zeit im Knast macht es schwer Beziehungen aufrecht zu erhalten.

Frage: Welche Erwartungen habt ihr an deutsche Gruppen in Bezug auf Solidaritätsarbeit?

Sean: Also, wir sehen die Aufgabe der deutschen Solidaritätsgruppen darin, die Situation in den Gefängnissen der 6 Grafschaften öffentlich zu machen und aufzuzeigen, daß es keine Rechtfertigung für die britische Präsenz in Irland gibt. Das Ziel jeder Gruppe sollte es sein, das Recht des irischen Volkes auf Selbstbestimmung hervorzuheben. Die Briten haben kein Recht, in unserem Land zu sein, sie sollen unser Land verlassen. Und jede Gruppe sollte die Menschen und die Regierung ihres Landes drängen, Druck auf die britische Regierung auszuüben, damit die irische Bevölkerung ihre Probleme selbst lösen kann, ohne Einmischung von außen.

Frage: Die nächste Frage ist ganz allgemeiner Art. Kannst du etwas sagen zur momentanen Situation des Kampfes im Norden Irlands?

Sean: Die britische Armee befindet sich nun seit 23 Jahren in den Straßen der 6 Grafschaften Irlands. Es sind 30 000 britische Soldaten in Irland. Sie sind bis

an die Zähne mit modernsten Waffen bewaffnet, mit neuster Technik ausgerüstet und ausgestattet mit Sondergesetzen, um Leute zu verhaften und sie für lange Zeit einzusperren. Die nationalistisch-republikanischen Menschen Irlands haben gegen die Besetzung ihres Landes die ganze Zeit über Widerstand geleistet. Die Briten haben alles versucht, jede Maßnahme zur Unterdrückung, die ihnen eingefallen ist, haben sie ausprobiert, aber es ist ihnen nicht gelungen. Die irischen Menschen wollen immer noch frei sein, und sie kämpfen immer noch dafür. Sie haben die republikanische Bewegung und die britische Regierung aufgefordert, sich hinzusetzen und mit ihnen über Frieden zu sprechen, sich zusammenzusetzen und Wege zu einem dauerhaften Frieden in Irland zu diskutieren, Wege, um Bedingungen zu schaffen, die einen Frieden ermöglichen. Die britische Regierung hat das immer wieder verweigert. Die Situation in Irland wird sich nicht verbessern, ehe sich nicht alle Seiten des Konflikts zusammensetzen und über Friedensbedingungen verhandeln. Die Partei, die den Weg zum Frieden blockiert, ist die britische Regierung. Die republikanische Bewegung hat ein Dokument herausgebracht, das sich "Der Weg zu dauerhaften Frieden in Irland" nennt. Darin wird die britische Regierung und die Dubliner Regierung aufgerufen, sich mit allen interessierten Parteien zusammenzusetzen und über Frieden zu verhandeln sowie über die Schaffung der dafür notwendigen Bedingungen. Die britische Regierung hat das verweigert.

Solange sie das auch weiterhin tut, wird der furchtbare Krieg in Irland auch weitergehen und immer mehr Menschen werden sterben.

Immer mehr junge Menschen werden tot oder im Gefängnis enden, solange sich nicht alle am Konflikt beteiligte Parteien zusammensetzen und über Wege zur Schaffung von Frieden reden.

Frage: Wie beurteilst du das Ergebnis der letzten Wahlen in England?

Sean: Wir haben das Gefühl, es gibt keine radikale Alternative zur konservativen Partei in England. Die Labour-Partei unter Neil Kennock versuchte sich als Alternative darzustellen, was ihr nicht gelungen ist. Sie versuchten sich ein schönes, sauberes sozialistisches Image zuzulegen. Dieses mißlang auch, es gibt keine Alternative zu den Konservativen in England. So haben wir das Gefühl, daß den Leuten in England der Teufel, den sie kennen, lieber ist, als der Teufel, den sie nicht kennen. Habt ihr verstanden was ich meine? Sie sehen die Labourpartei nicht als einen Wechsel an, so sind sie weiterhin vernarrt auf die konservative Partei. Es ist ein schlechtes Zeichen für soziale, sozialistische Politik, daß es keine radikale Alternative zu den konservativen Parteien gibt.

Frage: Wir haben gehört, daß verschiedene Gruppen in den letzten Monaten die Wiedereinführung der Internierung wie in den 70er Jahren fordern. Kannst du zu diesen Diskussionen etwas sagen?

Sean: Das Thema der Internierung wird immer wieder aufgegriffen. Immer, wenn die IRA eine militärische Aktion durchführt und die britische Regierung militärisch unter Druck setzt, reagieren rechte britische Politiker und rechte loyalistische Politiker mit der Forderung nach Internierung. Aber es funktioniert nicht. Sie begannen 1971 mit dem Versuch, den irischen Befreiungskampf durch die Internierung irischer politischer Aktivisten zu zerschlagen. 21 Jahre später reden sie wieder davon. Dies zeigt, daß die britische Regierung in Irland nichts erreicht hat. Sie kann den Freiheitswillen des irischen Volkes nicht unterdrücken. Anstatt sich hinzusetzen und über Frieden zu reden, reden sie über Repression und Internierung. Sie können internieren wenn sie wollen, andere werden deren Platz einnehmen. Denn durch Beseitigung republikanischer Aktivisten von den Straßen werden nicht die Ursachen für den Krieg in Irland beseitigt. Also werden andere kommen und die Widersprüche in Irland erkennen, und sie werden sich bewaffnen oder politisch aktiv werden. Also wird Internierung nichts erreichen. Es mag für eine Weile eine kurzzeitige Beruhigung der Situation bewirken. 1972, dem Jahr nach Einführung der Internierung, wurden mehr britische Soldaten getötet als 1971.

Die Internierung hatte somit ihr Ziel verfehlt. Die republikanische Bewegung ist jetzt noch besser organisiert und stärker als sie es damals war. Also wird die Internierung ihr Ziel wieder verfehlen. Was wir von der britischen Regierung wollen, ist, daß sie sich hinsetzen und über Frieden reden. Nicht über Repression, über Frieden.

Frage: Was denkst du über den "Friedensprozeß" in Süd-Afrika? Hat diese Entwicklung Auswirkungen auf die republikanische Bewegung?

Sean: Also, als Nelson Mandela und Erzbischof Desmond Tutu 1990 nach Dublin kamen, sagten sie beide in ihrer Rede, daß alle am Konflikt beteiligten Parteien auch an Verhandlungen über die Beilegung des Konflikts beteiligt sein sollten. Das bedeutet, daß auch die republikanische Bewegung in die Verhandlungen mit einbezogen werden muß.

Der Friedensprozeß in Südafrika war nur möglich, weil der ANC an diesem Prozeß beteiligt war. Die Auswirkungen, die das also auf die republikanische Bewegung hat, ist, daß es diese in ihrer Ansicht bestärkt, daß sie Teil der Friedensverhandlungen sein müssen. Niemand will den Frieden mehr als die republikanische Bewegung, denn wir leiden mehr als irgendwer sonst. Alle Familien von uns haben Gefangene. Wir sind diejenigen, die mehr Tote zu beklagen haben, als irgendeine andere Gruppe.

Frage: Wir denken, ein wichtiger Punkt bei der Ingangsetzung des "Friedensprozesses" in Süd-Afrika war der wachsende internationale Druck auf die südafrikanische Regierung. Was denkst du und was sind die Diskussionen innerhalb der republikanischen Bewegung, um mehr Druck auf die britische Regierung auszuüben, damit sie ihre Truppen aus Irland abzieht?

Sean: Die republikanische Bewegung weiß, wie wichtig es ist, internationalen Druck auf die britische Regierung auszuüben, damit sie Irland verlassen. Durch die Arbeit von euch und anderen Solidaritätsgruppen hoffen wir, daß Druck auf die jeweilige Regierung ausgeübt wird, um diese dazu zu bringen, wiederum den Druck gegen die britische Regierung zu richten.

Offensichtlich gibt es nicht genug Druck gegen die britische Regierung, aber wir denken, daß das auch mit der sehr strengen Zensur zusammenhängt, die es sowohl im Norden als auch im Süden Irlands gibt. Republikanische Aktivisten dürfen weder im Fernsehn noch im Radio auftreten. Sie dürfen ihre Ansichten nicht darlegen und sich nicht über TV und Radio äußern. Sie unterliegen einem Bann. Dadurch ist es schwer, Nachrichten an Menschen außerhalb Irlands zu vermitteln. Die Nachrichten, die rausgehen und die, die Irland verlassen, werden vom BBC kontrolliert, welcher wieder von der britischen Regierung kontrolliert wird. Wenn Leute in Deutschland über Ereignisse in den 6 Grafschaften hören, hören sie jedesmal, daß die IRA einen britischen



Soldaten oder ein RUC-Mitglied getötet hat. Sie hören nichts von den unzähligen Hausdurchsuchungen, den zahlreichen Verhaftungen, den Erpressungen und Schikanen gegenüber den Menschen, die dort leben. Die britische Regierung kontrolliert, was durch die Medien verbreitet wird. Die Medien lassen keinen fairen, unparteiischen Bericht über die Ereignisse in Irland aussenden. Das ist es, was das Weiterleiten von Nachrichten durch die republikanische Bewegung an Menschen in anderen Ländern am meisten behindert.

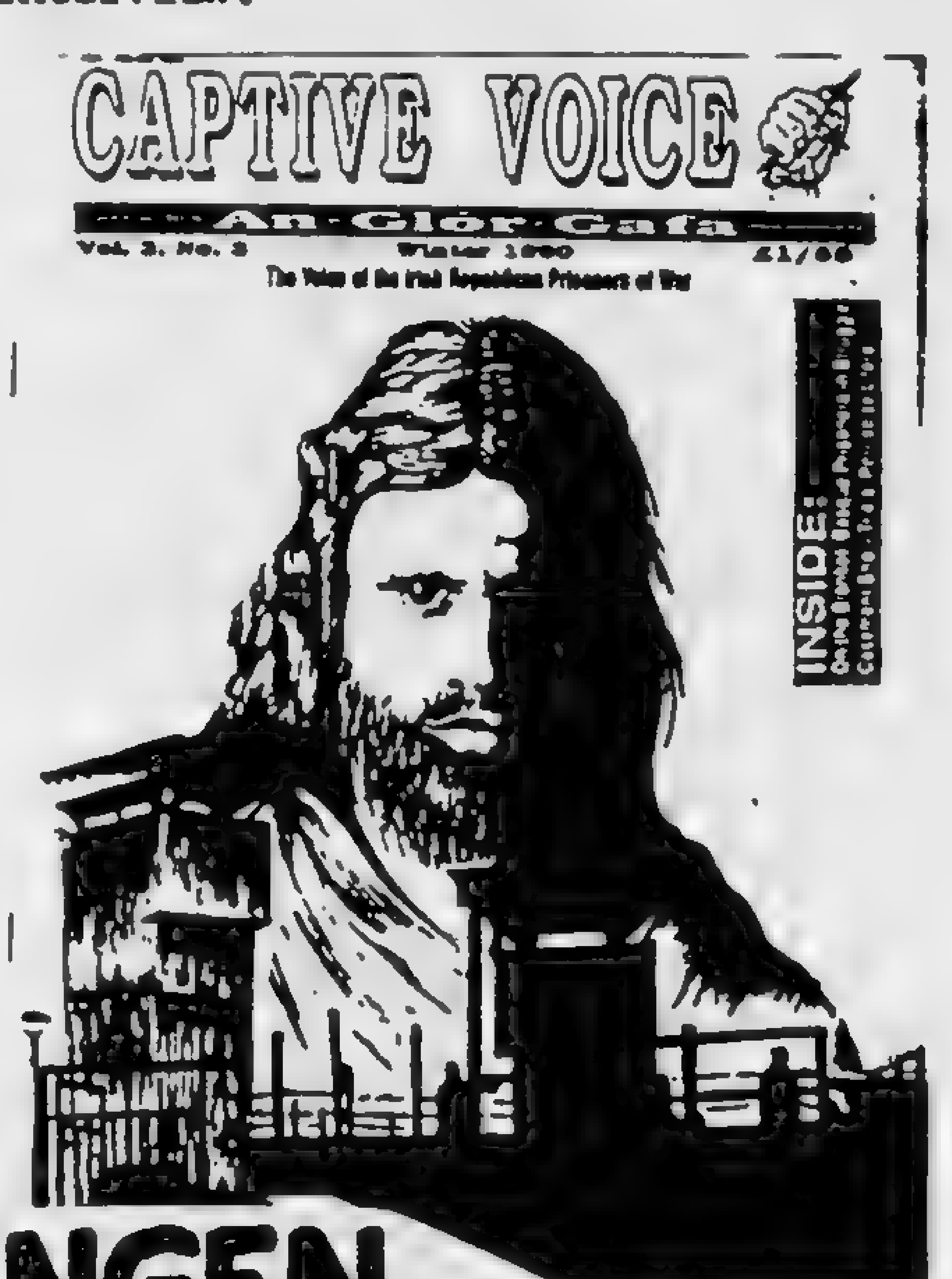
Frage: Was würdest du darüber denken, wenn UNO-Truppen in Nord-Irland eingreifen würden?

Sean: Also, wir denken, daß die Vereinten Nationen ihren Einfluß auf die Dubliner und die britische Regierung nutzen sollten, um sie dazu zu bewegen, sich mit der republikanischen Bewegung und den anderen am Konflikt beteiligten Parteien hinzusetzen und über die Schaffung friedlicher Bedingungen zu reden. Wir denken, daß UN-Truppen in irischen Straßen das Problem nur verlängern würden. UN-Truppen auf den Straßen von Beirut oder Jugoslawien haben die Probleme dort auch nicht gelöst. Wir denken, daß den irischen Menschen die Kontrolle über ihr eigenes Schicksal und ihre Angelegenheiten selbst überlassen werden sollte. Internationale Friedenstruppen würden die Situation eher noch verschärfen als entspannen.

Frage: Was sind generell die Ziele der republikanischen Bewegung?

Sean: Das erste Ziel ist, Bedingungen zu schaffen, unter denen das irische Volk Selbstbestimmung erlangen kann und die britischen Truppen Irland verlassen. Und Irland wird unter einer Regierung für alle 36 Grafschaften vereinigt. Wir denken, daß die Bedingungen dafür nur geschaffen werden können, wenn die Briten einsehen, daß sie kein Recht haben, sich in irische Angelegenheiten einzumischen. Genau wie die Amerikaner kein Recht haben, sich in Nicaragua oder El Salvador einzumischen, haben die Briten kein Recht sich in Irland einzumischen.

Okay, Sean, danke für das Interview.



Anm.:

* Der Prozeß in Düsseldorf ist Anfang Juni zuende gegangen. Gerry Hanratty wurde wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz zu 2 1/2 Jahren Knast verurteilt. Für die 1 1/2 Jahre Knast, die er hier mehr gesessen hat, sprach ihm das Gericht keine Haftentschädigung zu. Gerry Hanratty wurde im August nach Nord-Irland ausgeliefert, wo er nun vermutlich im Crumlin-Road-Gefängnis auf seinen nächsten Prozeß wartet.

Gerry McGeough wurde einige Tage vor Urteilsverkündung auf Betreiben der Bundesanwaltschaft und des Oberlandesgerichts Zweibrücken an die USA ausgeliefert. Das Verfahren gegen ihn hier wurde "vorläufig" eingestellt, d.h. sollte Gerry McGeough jemals wieder in die BRD kommen und in die Klauen der deutschen Justiz geraten, wird der ganze Prozeß gegen ihn noch mal von vorne aufgerollt. Gerry McGeough wurde inzwischen in den USA gegen eine Kaution von einer halben Mio. DM auf freien Fuß gesetzt.

In der Urteilsbegründung gab das Gericht an, daß selbiges es für erwiesen hielte, daß die beiden Mitglieder der IRA gewesen seien, der genaue Zeitraum aber nicht festzustellen sei. Allerdings kommt in der Urteilsbegründung keine Passage vor, in der die IRA als terroristische Organisation bezeichnet wird.

** Im Juli erhob die Bundesanwaltschaft Anklage gegen die drei. Sie werden nach § 129a der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (der IRA) sowie der Beteiligung an Angriffen auf britische Soldaten in Hannover und Osnabrück angeklagt. Der Prozeß wird voraussichtlich im Oktober vor dem OLG Düsseldorf beginnen.

VERANSTALTUNGEN

ZUR SITUATION IN NORDIRLAND

·SAMSTAG, 21.11.92, 19⁰⁰
im Haus der Demokratie
FRIEDRICHSTR. 165 / BERLIN-MITTE (OST)

·SONNTAG, 22.11.92, 20⁰⁰
im SO 36
ORANIENSTR. 190 / 1000 BERLIN 36

Mit Micheal Ferguson, STADTRAT VON SINN FEIN AUS BELFAST UND VERTRETER DES „PRISONERS OF WAR"-DEPARTMENTS
(Ressort für irische politische Gefangene)
Und Robert McClonaghan
VERTRETER DES „PRISONERS OF WAR"-DEPARTMENTS

Schwerpunkte der Diskussion SIND U.A.
- die Arbeit in den Stadtteilen
- die Situation der irischen politischen Gefangenen



KEIN BOCK AUF JUNK!

NACHDEM WIR IN KÜRZESTER ZEIT HINTEREINANDER SPRITZEN AUF DEN KLO'S GEFUNDEN HABEN, MUSSTEN WIR UNS DAZU DURCHRINGEN SCHWARZLICHT IN DEN KLO'S ANZUBRINGEN.

WIR WISSEN EINIGE VON EUCH KRIEGEN 'NE KRISE BEI DIESEM LICHT, ABER WIR WISSEN AUCH, DAß DIE JUNKS DABEI 'NE KRISE KRIEGEN, WEIL SCHWARZLICHT DEN EFFEKT HAT, DAß SIE NUR SCHWERLICHST IHRE VENEN FINDEN KÖNNEN, WENN ÜBERHAUPT! (ERFAHRUNG AUS A-DAM)

– DIESE KONSEQUENZ, MEHR EIN HILFLOSER VERSUCH WAS GEGEN DIE DRÜCKEREI ZU MACHEN UND KEINE LÖSUNG, HABEN WIR LANGE VOR UNS HERGESCHOBEN. JETZT HAT'S ABER SO MASSIV ZUGENOMMEN, DAß WIR ENDLICH AKTIV WERDEN MUSSTEN.

DENN WO EIN JUNK IST KOMMEN BALD MEHR UND LETZTENDLICH HABEN WIR FRÜHER ODER SPÄTER AUCH DIE SCHEIßDEALER AM HALS!

WIR FORDERN EUCH AUF, AUCH AUF DEN KLO'S, GENAUER ZU GUCKEN UND UNS AM TRESEN SOFORT BESCHEID ZU GEBEN FALL'S IHR AUF SPRITZEN UND/ODER JUNKS STOSST!

DIE EX-en

Als Reaktion auf das neueerdings in den Klos vom EX angebrachten Schwarzlicht und die dort angehängten Plakate, besuchten einige Frauenlesben am 4.11.92 (Frauenlesbenabend) das EX.

Wir entfernten die Röhren, gaben sie am Tresen ab, verteilten das hier abgedruckte Flugi und klebten Gegenplakate. Insbesondere reagierten wir damit auf die im Plakat angegebene Begründung der EX-lerinnen für die Anbringung des Schwarzlichts (siehe Flugi).

Wir wählten für diese Aktion den Frauenlesbenabend, da wir in Frauenlesben-Zusammenhängen organisiert sind.

KEIN BOCK AUF HETZE GEGEN JUNKS !!

Nachdem wir in kürzester Zeit hintereinander im EX u.a. "Szenekneipen" auf Schwarzlicht und/oder durchbohrte Löffelchen stießen, mußten wir uns dazu durchringen Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Wir wissen, einige von Euch kriegen 'ne Krise, wenn hier ständig das Schwarzlicht zerschlagen sein wird, aber wir wissen auch, daß wir 'ne Krise kriegen bei so'nem undifferenzierten Umgang mit Junks, Dealern, Sucht...
Diese Konsequenz, mehr ein hilfloser Versuch was gegen den undifferenzierten Umgang mit Sucht zu machen und keine Lösung (zu haben) haben wir schon länger vor uns hergeschoben.
Jetzt hat's aber so massiv zugenommen, daß wir aktiv werden mußten. [geschwärzt]
Denn wo ein Plakat gegen Junks ist, indem zu Denunziation von Junks aufgerufen wird, kommen bald mehr und letztendlich wird dadurch früher oder später eine grundsätzliche Toleranz zu Ausgrenzung geschaffen.

Wir fordern Euch auf die Hetze gegeh Junks SOFORT einzustellen, auf den Klos helles Licht zu machen, Spritzenautomaten aufzuhängen sowie Abfalleimer für benutzte Spritzen aufzustellen! Wir fordern weiter, daß Ihr zwischen Junks und Dealern unterscheidet und eine öffentliche Diskussion über den Umgang mit Junks und den Möglichkeiten, das Auftauchen von Dealern zu verhindern, organisiert !!

SCHLUSS MIT DER HETZE GEGEN JUNKS

Im EX hingen in letzter Zeit Plakate,mit denen die KneipenbetreiberInnen um das wohlwollende Verständnis der KneipenbesucherInnen für Schwarzlicht auf den Klos warben.
In plattester Weise wurde mit den Plakaten gegen Junks gehetzt,zu massiver Ausgrenzung von Junks und zur Denunziation von Junks aufgefordert.Ein Zitat: "Denn wo ein Junk ist, kommen bald mehr und letztendlich haben wir früher oder später auch die Scheißdealer am Hals!"
Vom Schwarzlicht auf den Klos versprachen sich die EXlerInnen, daß Junks ihre Venen nicht mehr finden und deshalb nicht mehr ins EX kommen,um zu drücken.
Aufgefallen ist uns,daß sich die offene und versteckte Ausgrenzung von Junks in letzter Zeit verstärkt hat.Dies machen wir fest an durchbohrten Löffelchen in Kneipen,Schwarzlicht im EX,dunklem Licht auf Klos und schließlich an den Plakaten "Dealer raus",auf denen immer eine zerbrochene Spritze abgebildet ist.Das Symbol der zerbrochenen Spritze ist uneindeutig und richtet sich als Symbol gegen die EndverbraucherInnen.
Wir haben den undifferenzierten Umgang mit legalisierten, halblegalisierten und strikt kriminalisierten Drogen satt!
Jede Kneipe verdient am Ausschank von Alkohol (am meisten von hartem Alk),daß heißt,jede Kneipe existiert durch AlkoholikerInnen.Das sind Geschäfte mit Drogen und Drogenabhängigen!
Alkohol ist eine legale Droge und deshalb sind Alkoholabhängige willkommen.
In "Szenekneipen" gehört es zum guten Ton kiffen zu dürfen.
Shit ist (noch) nicht legalisiert,das Kiffen wird jedoch schweigend toleriert.Da Shit zu den sogenannten weichen Drogen zählt,wird schnell verdrängt,daß wegen Shit Kneipen (wie z.B. Anfall) bei Bullenrazzien zeitweise geschlossen wurden.
Das bedeutet: bei der Stimmungsmache gegen Junks geht es den Kneipenleuten nicht um die Gefahr von staatlicher Repression, wenn Junks in "Szenekneipen" toleriert werden (sollten).Es geht vielmehr um verinnerlichte Berührungsängste in der Auseinandersetzung mit Junks und der Übernahme bürgerlicher Vorurteile über Junks ("Junks klauen,sind erpressbar,machen Aussagen bei Bullen,um an Stoff zu kommen,machen eh jede Schweinerei, um an Stoff zu kommen,Junkfrauen ficken ohne Gummi und verderben die Preise auf dem Strich usw.usf.).

Die staatliche Politik in Bezug auf das Geschäft mit illegalisierten Drogen begrenzt sich darauf,daß die KonsumentInnen sowie die Kleindealer dieser Drogen verfolgt und kriminalisiert werden.Die Verantwortlichen,die aus dem Drogengeschäft höchste Profite einstreichen (z.B. Waffenhändler und Banken) werden nicht verfolgt sondern geschützt.
Leider unterscheidet sich linke Politik in Bezug auf das Drogengeschäft nicht wesentlich von der staatlichen Politik.Es wird auch hier nicht gegen die Verantwortlichen vorgegangen (nicht einmal verbal),da die Verantwortlichen scheinbar unerreichbar sind.Es wird gegen die Leute vorgegangen,die greifbar und erreichbar sind - also gegen die EndverbraucherInnen.
Das ist die Übernahme von staatlichen Repressionsmaßnahmen.
Das eingangs erwähnte Zitat vom Plakat der EXlerInnen bringt eine berechtigte Angst vor Dealern in "linken" Kneipen und Zusammenhängen zum Ausdruck.Wir teilen diese Befürchtungen.
Aber ein Raum,in dem Junks nicht offensiv ausgegrenzt werden, muß nicht automatisch ein Raum für Dealer werden.Das heißt,wir müssen Strategien entwickeln,wie Dealer erkannt und vertrieben werden können.Die ebenfalls auf dem Plakat der EXlerInnen formulierte Aufforderung,Junks am Tresen zu denunzieren,ist dafür kein Weg,der zu Lösungen führt.(Das größte Schwein in diesem Land ist und bleibt der Denunziant!!)
Wir haben die EXlerInnen dazu aufgefordert,eine öffentliche Diskussion über den Umgang mit Junks und den Möglichkeiten, das Auftauchen von Dealern zu verhindern,zu organisieren.In diesem Rahmen wollen wir eine Diskussion zu folgenden Punkten führen:

- mit welchem Hintergrund wurden und werden staatliche Repressionsmaßnahmen gegen Junks in linken ZHs übernommen?
- Was steckt hinter der offenen Toleranz gegenüber KifferInnen und der Intoleranz gegenüber Junks?
- Woher kommen verinnerlichte Vorurteile und Bilder gegenüber Junks?
- Wie kann mit Junks korrekt umgegangen werden,ohne daß Kneipen zu "Umschlagplätzen" werden?
- Wer profitiert eigentlich von den Drogenabhängigen? Stichwort Prostitution: welcher linke Freier versucht nicht mal ohne Gummi und ganz billig bei einer drogenabhängigen Frau zu ficken?
- Welchen Umgang haben wir mit legalisierten,halblegalisierten und kriminalisierten Süchten?

KEIN FRIEDEN MIT RASSISMUS MILITARISMUS & OBRIGKEITSSTAAT

Grenzen auf - Gleiche Rechte für Alle - keine Militäreinsätze

Krieg, Hunger, ökologische Zerstörung und sexistische Unterdrückung sind Bestandteile herrschender Politik weltweit und in der BRD und zwingen zunehmend mehr Menschen, ihre Herkunftsländer zu verlassen. Damit sind diese Menschen entgegen staatlicher Auffassung politisch Verfolgte und haben ein Recht auf Asyl.
Deshalb fordern wir

- **Finger weg von Art. 16 GG ("Politisch Verfolgte genießen Asyl) und weg mit dem Asylverfahrensgesetz**
- **Weg mit dem Ausländergesetz und rechtliche Gleichstellung von In- und Ausländern!**

Die herrschende Weltwirtschaftsordnung produziert diese Fluchtursachen

Deshalb **bekämpfen wir diese Weltwirtschaftsordnung**
und fordern **Schuldenstreichung und Reparationszahlungen als erste konkrete Schritte!**

Gegen eine militärische Großmacht Deutschland - Entmilitarisierung der Gesellschaft!

Keine Einsätze von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz im In- und Ausland!

Out-of-area- und Blauhelmeinsätze der Bundeswehr sind genauso Bestandteil und Voraussetzung für die neue Großmacht Deutschland wie "Totenstille im Innern" mit weiterem Grundrechtsabbau, Lauschangriff und Verschärfung der "Sicherheits"gesetze: das ist eine zunehmende Zuspitzung des "imperialistischen Normalzustandes"

Vom deutschen Imperialismus sind zwei Weltkriege ausgegangen!

Während der rassistisch-faschistische Mob versucht, die Straßen zu erobern, macht sich die SPD in der Tradition von 1914 (Kriegskredite) zum Erfüllungsgehilfen deutscher Großmachtpolitik.
Rassistische motivierte Angriffe auf AusländerInnen sind mittlerweile "normal", 11 Tote alleine in diesem Jahr, Angst herrscht bei nahezu allen nichtdeutschen Menschen. Gleichzeitig wächst die Gewalt gegen alle, die vom Spießerbild des "Deutschen" abweichen: Schwule, Behinderte, Linke. Ausländische Frauen haben zudem noch die alltägliche sexistische Gewalt zu ertragen, wie alle hier lebenden Frauen.
Und die herrschende Politik? Sie belohnt die Täter und bestraft die Opfer - Ausgrenzung, Sammellager, Abschiebung!

Wann, wenn nicht jetzt - wer, wenn nicht wir?
Ausgehend von der parteilichen Solidarität mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten, mit den "Verdammten der Erde"...Ausgehend von der fundamentalen Ablehnung dieser alten "neuen Weltordnung"...Ausgehend von der Würde des Menschen und dem Streben nach Freiheit ...rufen wir auf zu einem starken

INTERNATIONALISTISCHER BLOCK AUF DER DEMONSTRATION 14.11. BONN

Anläßlich des SPD-Parteitag; TREFFPUNKT: 11 Uhr, Josefshöhe

ABSCHLUSSKUNDGEBUNG: FRIEDENSPLATZ

Zu einem internationalistischen/antifaschistischen Block auf der Demonstration am 14.11. rufen auf:

Informationszentrum für freie Völker, Köln; Bolschewik Partisan - Ausland; AGIF (Föderation der Arbeitermigranten aus der Türkei in Deutschland); FEYKA Kurdistan (Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD); Flüchtlingsplenum Aachen; Infoladen Bielefeld; Infobüro Bochum; Arbeitskreis Internationalismus Bonn; Außerparlamentarische Linke Bonn; Autonome Antifa Bonn; El Salvador Komitee Bonn; Frauen gegen Abschiebung Bonn; Gruppe für Zusammenlegung der politischen Gefangenen, Bonn; Infoladen Bonn, Liste undogmatischer StudentInnen, Bonn; Infoladen Darmstadt; Infoladen Dortmund; Antirassistisches Plenum Düsseldorf; red house, Düsseldorf; Antifa Frankfurt/M; Autonomes Zentrum Frankfurt/M; Info- und Notruftelefon Frankfurt/M; VertreterInnen der Fachschaftsräte Uni Göttingen; Infoladen Hannover; Autonome Antifa Heidelberg; Anti-EG-Gruppe Köln; Infoladen Köln; Infoladen Wiesbaden; Infoladen Wuppertal; SDAJ Rheinland; Regionaltreffen der Infoläden NRW; AStA-Referat gegen Faschismus, Rassismus, Imperialismus & Sexismus, Uni Bonn; Infoladen Passau; Vereinigte Sozialistische Partei, VSP; Palästinagruppe Westberlin; Infobüro für die Freiheit der politischen Gefangenen, Ffm; Freie ArbeiterInnen Union Ortsgruppe Bonn, FAU/IAA; Kurdistan Komitee Köln; Buchladen Le Sabot, Bonn ...

Kontakt: Infoladen Bonn, Tel: 0228/659513; **Spendenkonto:** Postgiroamt Köln, BLZ: 370 100 50; Ktnr: 3968-506; Stichwort: Demo 14.11.

F. Rieden, Zukunftsweg 13, Wachtberg

Internationalistischer, Antifaschistischer Block

Treffpunkt: Auftaktkundgebung in Bonn-NOrd, An der Josefshöhe, Sportpark Nord
Zur Anfahrt beachtet die rote Kennzeichnung auf den Zufahrtswegen. Auftaktkundgebung Bonn-Nord hat die Farbe Rot. (1)

Beginn: 11.00 Uhr

Demoroute: a) Abschluß Trägerkreis Hofgarten: An der Josefshöhe/ Herseler Str./ Graurheindorfer Str./ Rosental/ Kölnstr./ Bertha-v.-Suttner-Platz/ Belderberg/ Koblenzer Tor/ Hofgarten (3)

b) Abschluß Trägerkreis Münsterplatz: An der Josefshöhe/ Herseler STr./ Graurheindorfer STr./ Rosental/ Heerstr./ Maxstr./ Berliner Platz/ Sternstr./ Windeckstr./ MÜnsterplatz (2)

Abschlußkundgebung des Internationalistischen, Antifaschistischen Blocks ist entweder auf dem Friedens-, dem Markt- oder MÜnsterplatz.

Weitere Infos: Vorbereitung Internationalistischer, antifaschistischer Block
c/o Infoladen Bonn, Wolfstr. 10/Hinterhaus, Tel. 0228 - 65 95 13/ Fax über Anschluß Nummer: 0228 - 69 51 93 (Infoladen draufschreiben!) (4)

Einladung zu Veranstaltungen im Rahmen der Werkstattausstellung "Haus- und Landbesetzungen – Mietstreiks"
in der Mulackstr. 22, Berlin-Mitte, U-Bhf. Weinmeisterstraße
(noch bis zum 24.11. von 16 bis 19 Uhr)

Freitag, den 13. November bis einschließlich Sonntag, den 15.11. Wochenendprojekt: "IM DSCHUNGEL DER STADT" Plan-Realisierung-Reflexion; Vorbesprechung: 13.11. um 18 Uhr

Donnerstag, den 19.11. 19 Uhr Diskussion: Ist die Analyse von F. Engels: "Zur Wohnungsfrage" noch aktuell?

Samstag, den 21.11. 16 Uhr Referat mit anschl. Diskussion: Wohnungsnot und kapitalistische Krise

Sonntag, den 22. November 16 Uhr: WBA – Demonstrationen – Mietstreiks gegen Mieterhöhungen (?).... wie geht es weiter? Offene Diskussion mit Erfahrungsaustausch über bisherige Ansätze, Mietstreikkomitees zu gründen

Alle Veranstaltungen finden in der Mulackstr. 22 statt.

Erläuterungen zu den Veranstaltungen:

Das Wochenendprojekt soll einer experimentellen Erfahrung dienen: schließlich ist nicht nur der Wohnraum Ware, sondern der gesamte öffentliche Raum ist von der Diktatur der Ware beherrscht, die damit auch das Soziale vereinnahmt hat und wogegen wir vorgehen müssen. Somit ist der "Dschungel der Stadt" fremdbestimmter Raum, den wir uns nur aneignen können, wenn wir es schaffen, diese Diktatur von ihrem Thron zu stoßen. Das Wochenendprojekt soll kleine Schritte dahingehend aufzeigen.

Zur Diskussion über F. Engels sollten nur die kommen, die die Schrift von ihm gelesen haben.

Ganz besonders herzlich sind natürlich alle AktivistInnen der WBA-Intitiative eingeladen. Es ist wichtig, unter uns auch über die Schwierigkeiten mit dem Thema Mietstreik, unsere Ängste etc. zu reden. Auf jeden Fall müssen wir uns mit den Mieterhöhungen, der Vertreibungspolitik etc. auseinandersetzen und Kampfstrategien dagegen entwickeln. Ob und inwiefern der Mietstreik eine offensive Strategie sein könnte, wollen wir am Sonntag, den 22. November diskutieren.

Wir freuen uns auf Euer Kommen,
tschüß
i.A. Gabriele

Die Zeit der Genjagd

Von der Patentpiraterie des noblen Norden

"Es kommt weniger darauf an, mehr zu geben, als weniger zu nehmen."

Im Jahre 1977 unternahm der Forscher Angharad Gatehouse im Auftrag der Universität Durham eine besondere Mission nach Westafrika. Und er kam nicht mit leeren Händen zurück nach Großbritannien: Im Gepäck hatte er Proben von Erbsensaatgut aus der Sammlung des internationalen Instituts für tropische Landwirtschaft in Nigeria.1 Die Erbsen enthielten ein besonderes Gen, welches Pflanzen eine außergewöhnliche Widerstandsfähigkeit gegen Fraßinsekten verleiht.2 Schon bald verließ Gatehouse die Universität Durham und wechselte zur kleinen Gentechnik-Firma Agricultural Genetics Company (AGS) im nahegelegenen Cambridge. Dort analysierte er mit modernsten Methoden der Gentechnologie in aller Ruhe die genetische Information. Damit konnte AGS dieses Merkmal, das nun CpTI-Gen hieß, weltweit zum Patent anmelden. Was wiederum bedeutete, daß die kleine Gentechnikfirma AGS über Nacht groß im Geschäft war: für die Dauer von zwanzig Jahren hatte sie vom Europäischen Patentamt in München die exklusiven Verfügungsrechte für die kommerzielle Nutzung des Wundergens zuerkannt bekommen.

Multinationale Konzerne, darunter die britischen Imperial Chemical Industries (ICI) ebenso wie die weltgrößte Saatgutfirma Pioneer Hibred (USA), haben sich bei AGS um Lizenzen für das Gen aus der afrikanischen Kuherbse angestellt. Das Gen ist hunderte Millionen, vielleicht Milliarden von Dollar wert, urteilen Gentechnologen. Die Frage ist, wem sollte dieses Gen nun wirklich gehören? Dem Patentgesetz nach dem Erfinder. Also Gatehouse und seinen Kollegen, die das Gen molekularbiologisch beschrieben und zum Patent angemeldet haben? Oder jenen westafrikanischen Bauern, die den Wert des Gens wohl kannten unddie Sorte schützen, bewahrten und pflegten?

AGS hat für das Gen aus der afrikanische Kuherbse (lat: Vigna unguiculata) bisher Lizenzen an Pioneer Hibred und BioTechnica zum Einbau in Mais, Calgene zum Einbau in Baumwolle, Nickerson Seeds (DuPont; vormals Shell) zum Einbau in Kartoffeln und Mogen zum Einbau in Tomaten verkauft3.

Die Firma geriet mit dieser Vorgangsweise allerdings zusehends in die internationalen Schlagzeilen.

Offen wurde von Gendiebstahl gesprochen. AGS entschloß sich darauf, das angekratzte Image etwas zu polieren und überraschte die Öffentlichkeit 1991 mit der Erklärung, das Unternehmen werde freiwillig auf seine Rechte an dem Resistenz-Gen zu verzichten. Freilich nur, solange es um den Einbau in Süßkartoffeln, geht Man darf diese Aktion als kleine Geste werten, die das Unternehmen keinen Cent kostet und am harten Kern der Sache – Afrika verdient an seinem Gen rein gar nichts – wenig ändert. Mit finanzieller Unterstützung durch eine britische Entwicklungshilfeorganisation versuchen nun britische und peruanische Forscher, das CpTI Gen in Süßkartoffeln einzubauen. Sollte das gelingen, können die resultierenden Sorten dank der AGS Erklärung in der Dritten Welt verwendet werden, ohne daß dies in Widerspruch zum Patentsystem der Industriestaaten steht. 98% der Süßkartoffeln werden in den Ländern des Südens angebaut und stellen dort ein wichtiges Grundnahrungsmittel.

Schon vor AGS kam Monsanto auf eine ähnliche Idee: Der US-amerikanische Chemiemulti stellte dem ostafrikanischen Staat Kenya bereits patentierte Gene für die Entwicklung virusresistenter Kartoffeln wieder zur Verfügung. Monsanto Berater Roger Beachey dazu: "Das Unternehmen ist mit seiner Entscheidung sehr zufrieden. Monsanto wird darüberhinaus sämtliche rechtliche Auflagen erfüllen, damit es zu einer Zulassung genmanipulierten Kartoffeln kommt. Es handelt sich um eine gute PR-Aktion für das Unternehmen".

Ausschnitt aus der Publikation "Biotechnologie und Dritte Welt" von Harald Wosihnoj.

November 1992, 30 Seiten.
Sie kann beim Gen-Ethischen Netzwerk Österreich,
Klimschgasse 16-18/2/28,
A-1030 Wien
Tel & Fax: (0043).(222).713 9811
bezogen werden.

V E R A N S T A L T U N G S R E I H E

zur Ausstellung
R.A.A.S.
AutonomieRadioKultur
an der Atlantikküste Nicaraguas

7.11.-4.12.1992, täglich 16-20 Uhr
Yorckstr. 59 HH II, 1000 Berlin 61
Ausstellungseröffnung
Freitag 6.11., 19 Uhr

Montag, 9.11.92, 19 Uhr (Yorckstr. 59)
Dr. Wolfgang Gabbert (Institut für Soziologie, Universität Hannover)
Indianischer "Nationalismus" und regionale Autonomie
Historische Voraussetzungen eines aktuellen Konflikts
Vortrag mit Diskussion (Von Wolfgang Gabbert ist soeben erschienen: Creoles. Afroamerikaner im karibischen Tiefland von Nicaragua, Lit-Verlag Münster)

Donnerstag, 12.11.92, 19 Uhr (Yorckstr. 59)
H.-C. Boese (Berlin)
Autonomie der Atlantikküste - die verspätete Revolution?
Zur neuesten Entwicklung des Autonomieprozesses
Vortrag mit Diskussion

Freitag, 13.11.92, 19 Uhr (Yorckstr. 59)
Frauen, Freiheit, Tradition - Dokumentarfilme zu Nicaraguas Atlantikregion I: **"Lady Marshall"** (1991, 22 Min., Video, OF), **"Wallagallo"** (1987, 20 Min., Video, OF), **"Brot und Würde"** (1981, 30 Min., 16mm, OmU), alle von María José Alvarez/Marta Clarisa Hernandez, **"Noticiero No.11"** (1981, 10 Min., 16mm, OmU), mit Einführung und Diskussion, OF mit eingesprochener Übersetzung

Donnerstag 19.11.92, 19 Uhr (Yorckstr. 59)
Christine Höbermann (Universität Hannover)
"Von Piraten zu Privaten": Radio in Nicaragua
Vortrag mit Diskussion

Freitag, 20.11.92, 19 Uhr (Yorckstr. 59)
Naturschätze, Ausbeutung, Kommunikation - Dokumentarfilme zu Nicaraguas Atlantikregion II: **"Lady Marshall"** (1991, 22 Min., Video, OF) von María José Alvarez/Marta Clarisa Hernandez, **"Bananeras"** (1982, 13 Min., 16mm, OmU) von Ramiro Lacayo, **"Das andere Gesicht des Goldes"** (1981, 20 Min., 16mm, s/w, OmU) von Rafael Vargarruiz/Emilio Rodriguez, **"Wir brechen die Stille"** (1984, 15 Min., 16mm, s/w, OmU) von Ivan Arguello, mit Einführung und Diskussion, OF mit eingesprochener Übersetzung

Freitag, 27.11.92, 20 Uhr (K.O.B., Potsdamer Str. 157, 1-30)
Soli-Party für RADIO ZINICA mit internationaler Musik
21 Uhr im K.O.B.-Kino: **"Sandino - nie werde ich ihn vergessen"**
Video von Beate Neuhaus/Jorge Abner (Nicaragua/BRD 1991, 53 Min., OmU)

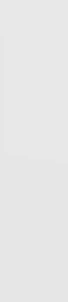
Samstag, 28.11.92, 16 Uhr (Yorckstr. 59)
Radio-Solidarität Lateinamerika - wozu? Diskussionsveranstaltung mit VertreterInnen der Unterstützergruppen für Radio Panamericana (Uruguay), Frauenradio Puno (Peru), Radio Venceremos (El Salvador), Radio Diriamba und Radio Zinica (Nicaragua), Einführung: **Felix Forster** (Radio Dreyeckland/Weltverband der gemeinnützigen Lokalradios AMARC)

Samstag, 28.11.92, 19 Uhr (Yorckstr. 59)
Uraufführung: **"Autonome Region Südatlantik, Herbst '92"**, Video von Autonomía Berlin/Souterrain Köln und Diskussion mit den FilmemacherInnen

Dienstag, 1.12.92, 19 Uhr (Yorckstr. 59)
Veranstaltung mit **Francisco Campbell** (FADCANIC/MADA Managua-Bluefields)
zur Autonomiebewegung der Atlantikküste Nicaraguas

In Zusammenarbeit mit ABP, Umverteilen, ASTA FU, Städtepartnerschaft Kreuzberg-San Rafael del Sur
veranstaltet von A u t o n o m í a B e r l i n

Antifa Filme



Termine:

Der gelbe Stern
17.11. 22Uhr

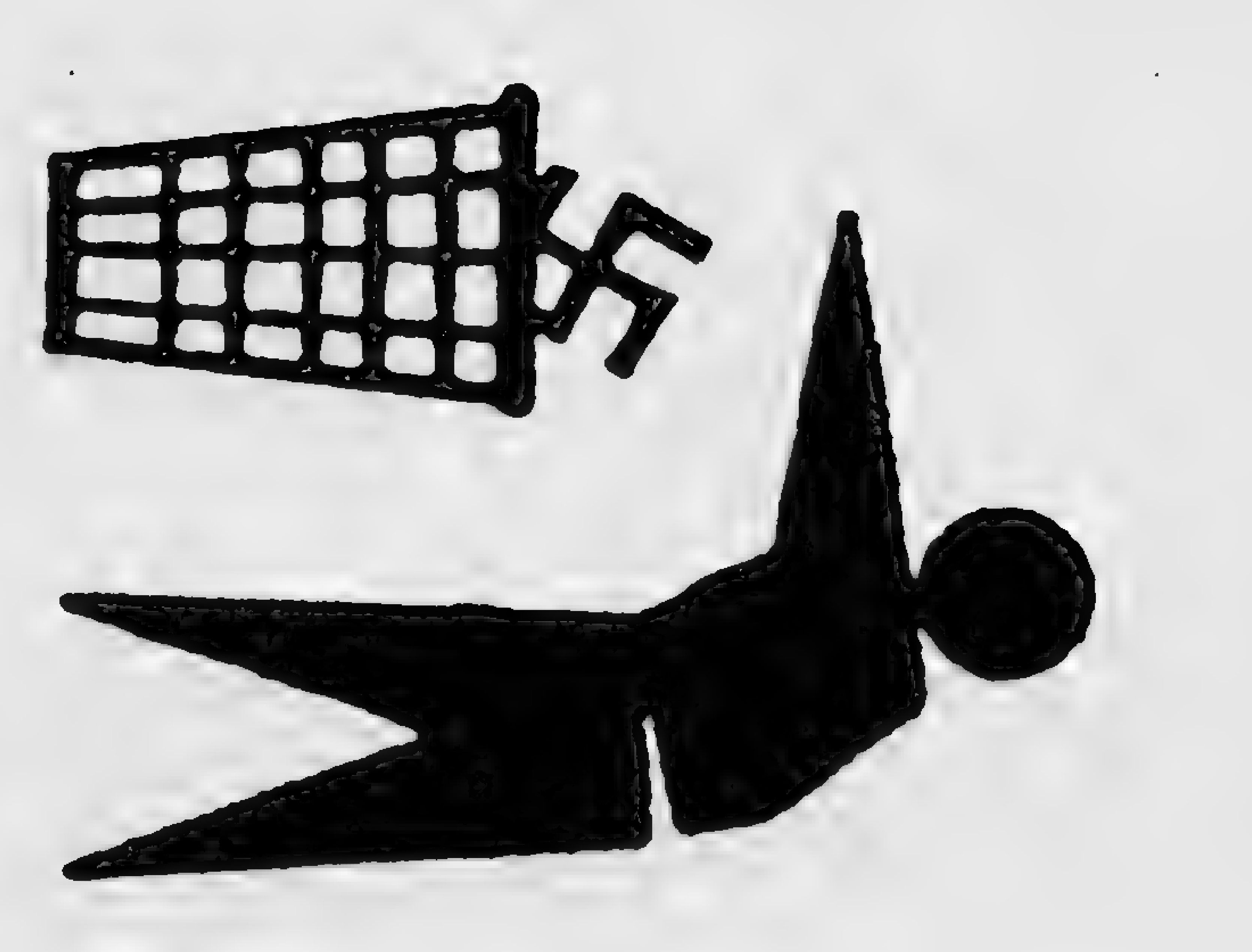
Hotel Terminus
13.+ 14.11. 19Uhr30

Von Richtern und anderen Sympathisanten
12.+ 17.11. 20Uhr

Die Partisanen von Vilna
15.+ 16.11. 19Uhr30

Die letzte Etappe
18.11. 20Uhr

Ein Programm des O.m.U. e.V. im
fsk Kino, Wiener Straße 20
1ooo Berlin 36, 6117010
mit Unterstützung der
'Landeszentrale für politische Bildung'



12.- 18.11. im *fsk* Kino

8./9. NOVEMBER 1939



Bürgerbräu nach dem Attentat

Am Abend des 8. November hielt Hitler nach alljährlichem Brauch zum Gedenken des Putsches von 1923 vor den «alten Kämpfern» im Münchner *Bürgerbräukeller* eine Rede, die in diesem Jahr kürzer war als sonst. Zwölf Minuten nachdem er geendet hatte, explodierte unmittelbar hinter dem Rednerpult eine Bombe, die in einer der Säulen eingebaut war, tötete sieben und verwundete 63 Personen. Zu dieser Zeit hatten alle prominenten Parteiführer, darunter Hitler, das Lokal verlassen, während sie in früheren Jahren noch bei einem Glas Bier Erinnerungen mit alten Parteigenossen auszutauschen pflegten.

Am nächsten Morgen brachte als einzige Zeitung der *Völkische Beobachter* eine Darstellung des Attentats auf den Führer. Er machte den «britischen Geheimdienst» und sogar Chamberlain für die Untat verantwortlich.

Und so gab Himmler am 21. November der deutschen Öffentlichkeit bekannt, der Mordanschlag gegen Hitler sei aufgeklärt worden. Er sei auf Anstiftung des britischen *Intelligence Service* erfolgt, und es seien zwei seiner Agenten, Stevens und Best, am Tage nach dem Anschlag «an der deutsch-holländischen Grenze» festgenommen worden. Die Tat selbst habe ein in München lebender Tischler, Georg Elser, ein deutscher Kommunist, ausgeführt.

W.L.Shirer Aufstieg u. Fall d. III Reiches

Reaktionen

Nach dem Münchner Attentat

Die allgemeine Stimmung in Deutschland wurde in den letzten Wochen naturgemäß von dem Attentat im Münchener Bürgerbräukeller beherrscht . . .

BERLIN, 1. Bericht: Das Attentat war eine größere Überraschung als der Russenpakt. Die Aufregung war geradezu ungeheuer. Die wildesten Gerüchte kursierten. Hitler sei getötet worden, es sei gar nicht wahr, daß er bereits wieder in Berlin sei. Heß sei auch tot, Göring sei verschont geblieben, weil er nicht in München gewesen sei. Er habe sicher vorher gewußt, daß etwas losgehen sollte. Das Attentat sei von der Göringclique angestiftet worden. Es sein von den Militärs gemacht worden und viele andere Dinge mehr. Es gab fast keinen Menschen, der nicht irgendwie von der Sache aufs tiefste aufgewühlt worden wäre. Wesentlich haben dazu die ausländischen Sender beigetragen, die vor allem in diesen Tagen sehr viel gehört wurden, insbesondere die englischen Sender.

Schließlich setzte sich aber auch in diesem Falle die amtliche Propaganda wieder durch . . . Ich machte dann eine Reise nach dem Ruhrgebiet. In dem außerordentlich stark besetzten Zug wurde, soweit überhaupt, eigentlich nur von diesem Attentat gesprochen. Es muß ganz objektiv gesagt werden, daß es keinen Menschen gab, der auch nur einen gewissen Zweifel daran hatte, daß es die Engländer gewesen seien . . .

RHEINLAND-WESTFALEN, 1. Bericht: Das Attentat in München hat die Bevölkerung sehr aufgewühlt. Niemand ist noch davon überzeugt, daß die Engländer die Urheber sind . . . Mehr und mehr nimmt die Meinung zu, daß tatsächlich ein Attentat auf Hitler geplant war und daß es nur einem Zufall zu verdanken ist, wenn er mit dem Leben davon kam. Natürlich glauben tatsächlich viele an die »Vorsehung«, die Hitler das Leben gerettet habe. Aber trotzdem werden alle von einem Gefühl beherrscht: Es ist was im Werden, das Kriegsabenteuer wird zu neuen Überraschungen auf innerpolitischem Gebiet führen.

Die Unruhe, die durch das Attentat ausgelöst wurde, ist verstärkt durch verschiedene Verhaftungen in allen Orten und unter allen ehemals führenden politischen Kreisen. Man spricht sogar davon, daß verschiedene SA-Leute verhaftet seien. Schließlich hat man erneut Rundfunkgeräte beschlagnahmt und oft werden die Besitzer solcher Geräte verhaftet. Dann wirft man ihnen meist vor, sie hätten ausländische Nachrichten im Gemeinschaftsempfang abgehört und weiterverbreitet. . . .

3. Bericht (Aus einem Bergbaubetrieb): Das Münchener Attentat hat ungeheuere Aufregung verursacht. In den ersten Tagen gab es eine wahre Sturmflut von Gerüchten und es wurde heftig debattiert. Viele wollten in dem Attentat den Anfang von Hitlers Ende sehen und alle wurden schon recht frech und offen. Da erfolgten, zwei Tage nach dem Anschlag, viele Verhaftungen, zunächst von Juden, dann von politischen Gegnern des Systems. Sofort wurde es wieder stiller und die Leute wurden ängstlich . . .

Deutschland-Berichte der Sopade, 6. Jg. 1939, vgl. Petra Nettelbeck, Verlag 2001, Frankfurt/M., 1980, Seite 1023–1026

Wiedergutmachung

Heidenheim-Schnaitheim, 25. Januar 1947

An die Redaktion der Donau-Zeitung, Ulm/Donau.

. . .

Ich hatte das Glück, Georg Elser näher kennenzulernen. Ich traf ihn das erstemal anläßlich einer politischen Versammlung in Königsbronn im Jahre 1931. Er war damals in keiner Partei organisiert, wohl aber merkte ich sofort, daß er ein scharfer Nazi-Gegner war. Elsers Einstellung zur Nazi-Partei war damals schon eindeutig zu erkennen. . .

Zu meinem Erstaunen durfte ich erleben, daß ich nach etwa 5 Jahren meinen alten Freund Georg Elser wiedersah. Es war im Jahre 1937, als Elser bei der gleichen Firma in Arbeit trat. Alsbald nahm ich mit ihm Fühlung auf, um ihn abzutasten und zu prüfen, inwieweit er seinem antifaschistischen Standpunkt treu geblieben war. Zu meinem Erstaunen mußte ich feststellen, daß Elser noch radikaler im Kampf gegen den Hitlerfaschismus geworden war, als er es die Jahre vorher gewesen war. Wir gelobten uns aufs Neue gegenseitige Treue mit dem gemeinsamen Wunsch: »Hitler möge recht bald verrecken.« Wir kamen nun abends öfters in meiner Wohnung zusammen, um über den Lautsprecher die Wahrheit über das Weltgeschehen zu erfahren.

Wir haben zusammen die Sender vom Westen und Osten, ja selbst den Amerikaner regelmäßig abgehört, und es war immer eine neue Kraftquelle für uns. Und so ging es fort bis zum Jahre 1939. Da entschloß sich Elser, nach München zu gehen, um dort in seinem Beruf zu arbeiten.

Vor seinem Weggehen nach München äußerte sich Elser dahin, daß ich seinen Namen, falls sein Vorhaben gelinge, bald in der Presse lesen werde. Er bat mich aber, über diese Äußerung zu schweigen. Ich konnte natürlich nicht ahnen, was mein politischer Freund vorhatte. Es war mir aber klar, daß sein Vorhaben nur gegen Hitler und sein System gerichtet sein könne. . . .

Zusammenfassend möchte ich noch über die Person Elsers folgende Behauptung aufstellen. Elser war nie Nazi und haßte das ganze System bis aufs Blut. Alldem, was an Gerüchten über Elser nach dem Zusammenbruch verbreitet wurde, kann ich keinen Glauben schenken. Auch die Behauptung, aus dem Ausland, Elser wäre mit seinem Wissen ein Werkzeug der Gestapo gewesen, muß ich dementieren.

(Brief von Elsers Arbeitskollegen Josef Schurr)

JOHANN GEORG ELSER wurde am 9. April 1945 – zwanzig Tage vor der Befreiung des Lagers Sachsenhausen – auf Weisung »von höchster Stelle« aus Berlin – ermordet.

aus: P.P.Zahl, Elser. Ein deutsches Drama

Trotz Warnungen reagierte die Polizei hilflos

Von unserem Redaktionsmitglied Franz Sommerfeld

Bereits der vertrauliche Befehl Nr. 1 des Berliner Polizeipräsidenten vom 3. 11. 1992 rechnete mit massiven Störaktionen der Demonstration am Sonntag. Trotzdem traf die Polzeiführung keine angemessenen Maßnahmen.

In der Lage[illegible]eurteilung des Poli[illegible] werden Verfassungs[illegible]materia[illegible] zitiert, nach de[illegible] „Autonome militante Aktionen [illegible]rwarten, unter anderem: Minister [illegible]agen, Minister schlagen". Danach bestand zwischen den verschiedenen autonomen Gruppen Einigkeit darin, „den Herrschenden die Show-Demo zu versalzen ... und den Aufzug medienwirksam zu beeinträchtigen". Das gelang ihnen.

Angesichts der eindeutigen Lagebeurteilung der Polizei erscheint ihr Vorgehen während der Demonstration umso unverständlicher. So kritisieren Sicherheitsexperten den geringen Abstand zwischen Bühne und Zuschauern. Nach ihrer Ansicht hätte die Polizei bei dieser Sicherheitsstufe wegen der Teilnahme von Spitzenpolitikern entsprechende [illegible] müssen

[illegible] Bühne waren nach Aus[illegible] [illegible]leiters Ru[illegible] Hartung mehrere hundert Poli[illegible] [illegible] in Zivil „im Einsatz". Die überwiegend jungen Beamten, Anfang zwanzig, waren an zwei farbigen Stecknadelköpfen auf ihren Anoraks oder Lederjacken zu erkennen. Einzelne Gruppenleiter verfügten auch über Funkverbindung zur Zentrale

Während viele Zuschauer die nach vorne drängelnden Autonomen aufhielten, sahen die Polizisten interessiert zu. Offensichtlich erhielten sie keinen Einsatzbefehl, einen Riegel zu bilden. Das wäre zu diesem Zeitpunkt sehr gut möglich gewesen, weil sich viele Demonstrationsteilnehmer über die nach vorne drängelnden Gruppen und Personen ärgerten.

Kurz vor 15 Uhr drang eine Theatergruppe mit einem nackten Mann bis ganz nach vorne zur Absperrung durch. In ihrem Windschatten gelangte ein großer Trupp von Störern bis vor die Tribüne. Der starke Lautsprecher der Theatergruppe störte massiv die Ansagen der Kulturveranstaltung. Angeregt beobachteten die Polizeibeamten das Spektaktel. Ein gezieltes Eingreifen wäre viel einfacher gewesen als später während der Reden.

Statt dessen wurde ein großer Teil der Beamten aus der Menge abgezogen, noch bevor Weizsäcker seine Rede begann. Die Zivilbeamten sammelten sich direkt vor der Tribüne. Von dort versuchten sie dann, bei Beginn der Störungen frontal gegen die Eierwerfer vorzugehen.

Geradezu unbegreiflich erscheint Sicherheitsexperten, daß das Stromkabel zur Tribüne nicht gesichert war. Ihr Kommentar: „Klippschul-Niveau." Ein Sprecher der Berliner Polizei verweigerte gegenüber der Berliner Zeitung eine Stellungnahme zu diesen Vorgängen: „Dazu sagen wir gar nichts!" Die Polizei hat offensichtlich einen Maulkorb durch den Innensenator erhalten, denn die Polizei begründet ihr Schweigen mit einem Bericht, den Innensenator Heckelmann vom Polizeipräsidenten angefordert habe.

Berliner Senat übt sich in Schadensbegrenzung

„Organisatorische Mängel" konstatierte auch die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Renate Künast. Doch auch sie sagte, die Polizei hätte vor Ort nicht anders reagieren können.

Der Schuldige von gestern hieß Se[illegible] Berlin [illegible] machte den Senat dafür verantwortlich, daß von der Demonstration ein falsches Bild vermittelt worden [illegible] Staffelt sagte gerade das Fernsehen hätte auch das fröhliche B[illegible] müssen.

[illegible] Der CDU-Politiker [illegible] Men[illegible]schen [illegible] gegen die Gewalt „von links und rechts" demonstriert.

Unterdessen [illegible] gestern die Spekulationen darüber, was man hätte tun können, um die Krawalle zu verhindern. In einer Besprechung aller Fraktionsvorsitzenden mit der Polizeiführung habe Polizeipräsident Hagen Saberschinsky berichtet, es habe zur Taktik der Polizei keine Alternative gegeben. Vor der Bühne seien etwa 100 Beamte eingesetzt gewesen, um ein Einsikkern von Störern zu verhindern, sagte Staffelt. Der Organisator Rudolf Hartung wehrte sich gegen Vorwürfe wegen des durchschnittenen Stromkabels. Er sagte, es gebe deswegen jetzt ein Ermittlungsverfahren. Das Kabel sei unter der von Sicherheitskräften bewachten Tribüne durchtrennt worden. Vorher sei außerhalb des Platzes der Strom abgestellt worden.

Kultursenator [illegible] Roloff-Momin: „Man hätte ein paar anständige Lautsprecher aufstellen sollen."

Rausschmeißen!

Köln (AFP) – Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Tyll Necker, meint, „die Unternehmen in Deutschland" seien „entschlossen, gegen Extremisten in den Betrieben vorzugehen". Dem Express sagte er, er rate, Extremisten zu behandeln „wie Mitarbeiter, die Frauen sexuell belästigen". Das heiße konkret: Solche Mitarbeiter müßten entlassen werden.

Lustgarten: Mutige Politiker und ein Bischof beschützten Weizsäcker

Zafer Ilgar (42), Türkische Radio-TV Anstalt: „Schlimm, daß ein Edelmensch wie Weizsäcker attackiert wurde. Aber die ganze Welt wird verstehen, daß die Deutschen auf Seiten der Ausländer stehen. Die Randale waren nur ein Polizei-Manko."

Oliver Rehlinger (39), BBC: „Ich befürchte, daß sich in der britischen Presse das negative Bild durchsetzen wird. Aber schlimmer wäre es, wenn die Demo aus Sorge um Randale nicht stattgefunden hätte."

Pierre Thivolet (38), Télévision Française 1: „Traurig, daß der Bundespräsident hinter einer Mauer von Polizisten stehen mußte. Trotzdem war die Demo ein Erfolg."

Autonom heißt in der Übersetzung: nach eigenen Gesetzen lebend. Eine kleine Gruppe derer, die eine solche Abgrenzung für sich selbst vollzieht, hat es am frühen Nachmittag des 8. November fertiggebracht, sich bei ARD und ZDF in der ersten Reihe zu präsentieren und einer Streitmacht von 3000 Sicherheitskräften im Lustgarten die lange Nase zu zeigen. Der autonome Generalstab hat sogar einen Tag später in einer offiziellen Pressekonferenz den vollen Erfolg der Kampfaktion und einen Sieg der Demokratie vermelden können. Ein bizarrer Vorgang. Wie geht der demokratische Rechtsstaat mit dieser Art von Eigengesetzlichkeit um, ohne den Rechtsstaat selbst in Mitleidenschaft zu ziehen?

Der spontane Ruf nach Rücktritt des Berliner Innensenators ist in dieser Situation nur ein oberflächlicher Reflex auf jene tiefe Hilflosigkeit, die einen angesichts der antidemokratischen, vollkommen sinnlosen und tumben Randale überfallen mußte. Dies gilt auch für die blitzschnellen Forderungen aus Bonn nach hartem Durchgreifen und härteren Gesetzen gegen die „links"-autonome Gewalt, die im übrigen sehr viel spontaner und zeitnaher geäußert wurden als nach den extremistischen Gewalttaten in Rostock und anderswo. Umgekehrt hilft auch das ausdrückliche Lob des Bundeskanzlers für die hervorragende Arbeit der Polizei nicht viel weiter, die sich immerhin nicht auf eine bürgerkriegsähnliche Schlacht mit einigen hundert Stadtguerillas nach Abschluß der Kundgebung eingelassen hat.

Es ist gut, daß sich die politische Bewertung der großartigen, friedlichen Demonstration von dem ersten Schock eines von Steinen und Farbbeuteln bedrohten Bundespräsidenten inzwischen hat lösen können. Dennoch dürfen die Fragen nach der Lageeinschätzung und der Polizeitaktik nicht unter den Teppich gekehrt werden. Angesichts der Tatsache, daß die Aktion der Autonomen schriftlich angekündigt war, die Polizei sich auf eine solche Lage augenscheinlich aber nicht vorbereitet hat und den Gewalttätern schon vor Beginn der Kundgebung das Feld überließ, liegt der Verdacht einer folgenschweren Fehleinschätzung der Sicherheitsexperten im Vorfeld der Demonstration nahe. Ein Verdacht, der zügig und abseits des üblichen Parteienstreits untersucht werden muß, um für die Zukunft besser gerüstet zu sein.

Gerüstet nicht im Sinne eines polizeilichen Übermaßes; die Demokratie verträgt keine „Säuberungen". Allgegenwärtiger Schutz vor allem ist auch eine Horrorvision. Die Losung lautet eher: Demokraten vorn, Chaoten hinten. Nicht nur bei Demonstrationen. za

.. Ein Sicherheitsabstand von 50 Metern zur Tribüne hätte nach den Worten Lambsdorffs die Zwischenfälle vermeiden können. Der parlamentarische Geschäftsführer des Bündnis 90 im Bundestag, Werner Schulz, unterstellte der Polizei, die von Rostock her bekannte Taktik des Zusehens fortgesetzt zu haben. Die Störung habe „Methode" gehabt, nicht nur bei den Autonomen, sondern auch bei jenen, die „durch absichtlich verspätetes Eingreifen eine Zuspitzung der innenpolitischen Situation erreichen wollten". Die Veranstalter müßten sich fragen, „ob sie diese Provokation bewußt wollten, um den Handlungsnotstand der Exekutive zu demonstrieren".

Waren die Eier nicht vermeidbar?



RUDOLF HARTUNG

Ein Fehler sei gewesen, daß beispielsweise vom Wittenbergplatz aus kein organisierter Demonstrationszug mit den politischen Parteien an der Spitze zustande kam. Diese Gruppen hatten zuerst im Lustgarten ankommen und die Tribüne vor möglichen Störern abschirmen sollen.

Obwohl die Polizei über Erkenntnisse des Verfassungsschutzes verfügte, wonach Autonome planten, „das Mikrofon zu erobern", wurde die Tribüne im Lustgarten nicht abgeschirmt. So gelang es den Störern, „einzusickern" und sich vor der Rednertribüne zu postieren. Da die Kreuzberger Autonomen ihr traditionell schwarzes Äußere gegen zivile Kleidung getauscht hatten, will sie keiner der 140 eingesetzten „Aufklärer" der Polizei erkannt haben. „Wir hatten keine einzige Meldung, weil die Störer nicht erkannt worden sind", berichteten Sicherheitsexperten. Andererseits wurde angeblich bereits frühzeitig über Polizeifunk vor „Chaoten" im Lustgarten gewarnt, als die beiden Demonstrationszüge noch nicht einmal den Wittenbergplatz oder die Gethsemane-Kirche verlassen hatten, berichtete ein Polizeibeamter. Es sei außerdem bekannt gewesen, daß die Autonomen in zivil auftreten wollten.

Linke und autonome Gruppen werteten ihre Störaktionen am Montag als einen Erfolg. „Wir haben die Propagandashow platzen lassen", erklärten sie. Sie hätten ihr Ziel erreicht und die Politiker „als Heuchler entlarvt". „Steinwürfe waren in der Planung nicht vorgesehen", äußerte aber eine Sprecherin. „Wenn wir es auf Eskalation angelegt hätten, hätte uns niemand davon abhalten können."

Fünf der 14 am Sonntag Festgenommenen sind am Montag einem Haftrichter vorgeführt worden. Einer von ihnen wurde nach seiner Vernehmung entlassen, sagte Justizsprecher Rautenberg. Zwei Jugendliche wurden in einem Heim untergebracht, gegen zwei Männer wurden Haftbefehle wegen Landfriedensbruchs erlassen. Sie wurden jedoch von der Haft verschont. weso

Auch der innenpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Grüne, Wieland, warf den Veranstaltern „Kleingläubigkeit" vor. Aus Angst vor der eigenen Courage habe man den Platz für die Abschlußkundgebung zu klein gewählt und zu wenig Ordner eingesetzt. Die Eierwerfer allerdings hätten den Flüchtlingen einen Bärendienst erwiesen, kritisierte Wieland.

Lambsdorff ging auch mit dem ARD-Fernsehen ins Gericht. Die Kameraleute hätten sich auf „das eine Prozent der Störer gestürzt". Lambsdorff nannte die Berichterstattung „einseitig und verkantet". Er forderte die Bestrafung jener Sprecher der Autonomen Gruppen, die die Krawalle öffentlich als Erfolg gefeiert hatten.

TAGESSPIEGEL: *Autonome Gruppen haben am Freitag vor der Demonstration auf einer Pressekonferenz über ihre Pläne informiert. Waren Sie dort?*

RUDOLF HARTUNG: Nein.

TAGESSPIEGEL: *Mit welchen Störungen haben Sie gerechnet?*

HARTUNG: In einem Artikel der Szenezeitschrift „Interim" war das Eierwerfen angekündigt und dazu aufgerufen worden, sich so zu kleiden wie jedermann. Mein Eindruck war, die Autonomen wollten damit erreichen, daß nicht friedliche Bürger, sondern der Polizeistaat demonstriert

TAGESSPIEGEL: *Wer trägt die Verantwortung dafür, daß sie die Demonstration stören konnten?*

HARTUNG: Niemand konnte damit rechnen, daß statt der geschätzten 100 000 mehr als 350 000 Menschen kommen würden. Weil der Wittenbergplatz einfach voll war, ist der Zug von dort früher abmarschiert als geplant. Deshalb waren SPD- und CDU-Mitglieder nicht, wie geplant, an der Spitze des Zuges und damit auch nicht am Lustgarten vorne an der Bühne. Aber es wäre töricht, jetzt so zu tun, als wäre der friedliche Marsch von 350 000 Menschen mit 30 Eiern zum Erfolg von 300 Chaoten geworden.

TAGESSPIEGEL: *Gab es keinen Zugführer, der das Signal zum Abmarsch gab?*

HARTUNG: Doch, aber die Leute sind einfach losgelaufen.

TAGESSPIEGEL: *Und wie kamen die Störer zum Podium?*

HARTUNG: Die Gruppe war nicht sehr groß. Sie sind im Lauf der Kulturveranstaltung in den vorderen Bereich eingesickert.

TAGESSPIEGEL: *Hätte man dem nicht einen Riegel vorschieben können?*

HARTUNG: Es waren mehrere hundert Polizeibeamte in Zivil vor der Bühne im Einsatz.

TAGESSPIEGEL: *Warum hat man die Bühne nicht erhöht oder den Abstand zum Publikum vergrößert?*

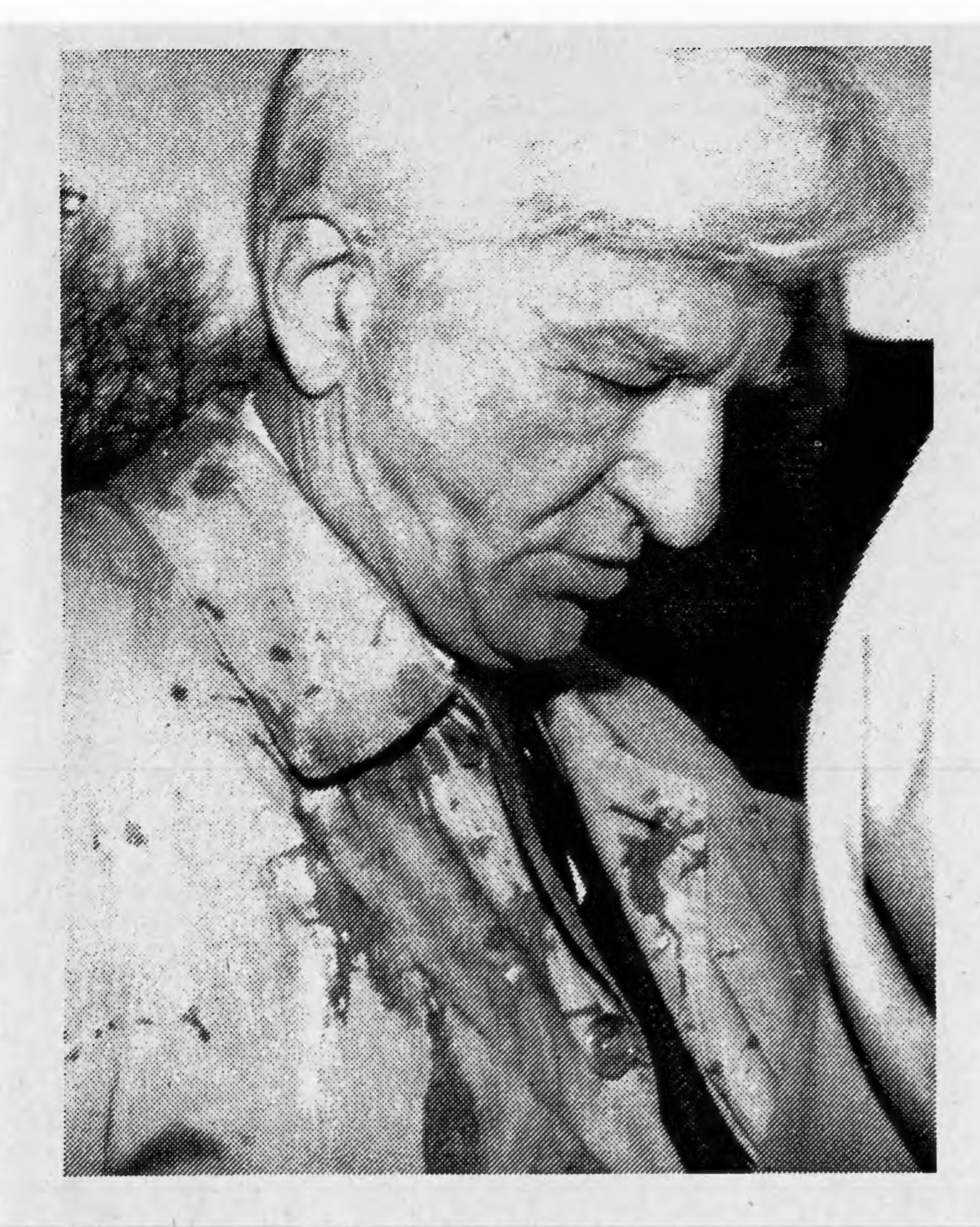
HARTUNG: Wir haben den Abstand noch größer gemacht, als ursprünglich geplant. Aber wir wollten nicht, daß der Bundespräsident allzu weit vom Volk entfernt ist.

TAGESSPIEGEL: *Von Weizsäcker hätte auch von der Freitreppe des alten Museums sprechen können . . .*

HARTUNG: Als Willy Brandt bei einer Nikaragua-Demonstration in Bonn mit Leuchtkugeln beschossen wurde, war der Sicherheitsabstand dreimal größer als vorgestern in Berlin.

TAGESSPIEGEL: *Waren Sie mit dem Polizeieinsatz zufrieden?*

HARTUNG: Im großen und ganzen ja. Selbst die in Zivil eingesetzte Polizei am Lustgarten hat nach meinem Kenntnisstand die überwiegend wie Normalbürger gekleideten Eierwerfer erst dann erkannt, als sie mit ihrem Unfug angefangen haben.



20 Polizisten mit Plexiglas-Schilden nehmen Aufstellung, schützen das Staatsoberhaupt. Hans-Dietrich Genscher, Norbert Blüm, Manfred Stolpe und Eberhard Diepgen eilen auf die Bühne, stärken ihm den Rükken, spannen Schirme auf.

Chaoten kappten das Stromkabel

Der Bundespräsident beginnt mit seiner Rede. Aber man hört kein Wort, sieht nur Lippen, die sich bewegen. Chaoten haben das Stromkabel gekappt. Ton, Scheinwerfer, alles ist ausgefallen. Bühnentechniker laufen nach hinten, starten das orangefarbene Diesel-Notaggregat neben dem Dom.

Jetzt drehen einige Chaoten durch. Sie versuchen, in den Innenraum zu gelangen, schlagen sich mit Polizisten. Häßliche Bilder gehen hinaus in die Welt.

15.30 Uhr, der Bundespräsident spricht. Randale! Schwarz gekleidete Chaoten liefern sich Scharmützel mit der Polizei. Werfen Flaschen und Steine, schießen mit Gaspistolen, brüllen ihren Haß heraus.

Wegen massiver Storungen konnte Bundespräsident Richard von Weizsäcker auf der Abschlußkundgebung im Lustgarten seine Rede nicht wie vorgesehen halten. Einem Mitschnitt zufolge hatte die stark verkürzte Ansprache folgenden Wortlaut:

... gehören wir alle, die hier versammelt sind, Frauen und

Die Organe des Staates haben die Pflicht, das deutsche Gemeinwesen handlungsfähig zu erhalten. Sie haben

die Pflicht, die Rechtsordnung strikt anzuwenden und der haarsträubenden Verbreitung rechtsradikaler Parolen und linksradikaler Schreihälse nicht länger zuzusehen. Sie haben auch die Pflicht, womöglich Gesetze zu verschärfen.

Die Schande von Berlin

HERALD TRIBUNE, MONDAY, NOVEMBER 9, 1992

A Berlin Mob Drowns Out Official Voice Of Tolerance

Weizsäcker Is Forced To Cut Short Speech In Foreigners' Behalf

By Marc Fisher
Washington Post Service

BERLIN — Germany's attempt to prove to itself and the world that it is not anti-foreigner ended Sunday in a debacle when hundreds of leftist anarchist protesters brought a mass demonstration to a halt with a barrage of paint bombs, eggs, tomatoes, catcalls and angry chants.

While radical youths chanted "hypocrites, hypocrites" and the nation watched on television, President Richard von Weizsäcker stood before more than 250,000 people, seeking in vain to deliver a speech urging tolerance.

The president's head barely peeked out from behind a wall of police riot shields protecting him from the onslaught.

Earlier, Chancellor Helmut Kohl was forced to abandon his place at the head of a proforeigner march when protesters took aim at him with eggs and stones, none of which hit their mark.

After a stunned, angry Mr. Weizsäcker rushed through an abbreviated text, only a small portion of which was carried on the public address system, the leader of Germany's small Jewish community

Finally, after leading business groups and Foreign Minister Klaus Kinkel warned that foreign investors and governments were concerned about Germany's deteriorating climate, the government organized the march against the neo-Nazis and other rightist radicals who have attacked refugees, other foreigners and Jewish memorials.

During the 30-minute disruption, Mr. Kohl remained off to the side of the stage, surrounded by more than 200 riot-equipped security agents, while other prominent politicians, including former Foreign Minister Hans-Dietrich Genscher and the Berlin mayor, Eberhard Diepgen, rushed to the podium to stand with Mr. Weizsäcker in the shower of abuse.

The estimated 500 anarchists who took control of the front of the sprawling crowd on East Berlin's Lustgarten square were young leftists whose anti-authority displays of street theater

BERLIN: *Anarchists Drown Out Plea for Toleranc*

(Continued from page 1)

and occasional violence are a commonplace in the new German capital.

For years before the fall of the Berlin Wall, West Berlin was a magnet for young men who wanted to avoid military service and for young people who took advantage of subsidies and the city's tolerance of political and social extremism.

Germany's domestic intelligence agency had warned that the anarchists, known as *autonomen,* were planning to disrupt the rally. But the police concentrated their efforts on preventing confrontation between neo-Nazis and the thousands of young people, families and others who traveled by chartered buses and trains to the rally.

Bernd Manthey, commander of the Berlin police, said that "no police and no tactics on this earth" could have prevented the assault.

The demonstration — held on the eve of the Nov. 9 anniversary of both the Nazi Kristallnacht pogrom against Jews and of the fall of the Berlin Wall — had won support of a broad cross section of German society. In addition to Mr. Kohl and Mr. Weizsäcker, leading politicians from nearly all parties and representatives of industry, labor and show business were on hand.

But Mr. Kohl's conservative coalition partner, the Christian Social Union, boycotted the demonstration. The Bavarian premier, Max Streibl, derided it as "a funeral march for a helpless democracy." After the extreme-right Republican Party hailed his remarks, Mr.

Streibl said he did not care w approved of his comments.

Mr. Weizsäcker's undelive text chastized German citizens looking away or minimizing anti-foreigner violence and ris far-right extremism.

He called on his fellow pol cians to establish a legal immig tion system and relax the "terri shrill tone" of rhetoric that "is o grist for the mill of violent extre ists."

Those comments were thi veiled criticism of Mr. Kohl a leaders of all large German parti most of which have adopted popular view that the country being overrun by refugees seeki asylum. About 500,000 refugees expected to enter Germany year's end, more than the rest Western Europe combined.

Clashes mar anti-racist Berlin march

Anna Tomforde in Berlin

A POWERFUL protest by hundreds of thousands of Germans against racism and attacks on immigrants was yesterday marred by leftwing extremists who hurled stones and eggs at the chancellor, Helmut Kohl, and at President Richard von Weizsäcker.

Some 300 anarchist extremists hurling projectiles forced President von Weizsacker to take cover as he tried to deliver the main speech at a rally in the Lustgarten in east Berlin.

Earlier, Dr Kohl had been attacked in the same way when he joined the marchers at the Brandenburg Gate. He was unhurt but left the march to make his way to the rally on a more secure route.

Protesters shouting "Hypocrites, hypocrites", said they were angry at the government's plan to restrict the right of asylum for refugees laid down in the constitution.

Dr Kohl condemned what he called "a mob of the extreme left and right". "We shall not succumb to this terror from the street," he said.

Rally organisers lamented the disturbance but said the vast majority had achieved their goal of peaceful protest.

"Peaceful demonstrators may not have been so loud as the [leftists] but they were in the overwhelming majority. Peaceful citizens are awaking, showing they can defend our democracy," said the Berlin parliament's president, Hanna-Renate Laurien.

"Many people took part who had never taken part in a demonstration before. This was a great success and a milestone, showing Germans will not tolerate xenophobia," Berlin's mayor, Eberhard Diepgen, said.

Despite the clashes, most of the crowd remained in good humour but many feared television cameras had dwelled more on the militants than on the rally itself.

"This is disappointing. We came here to make a stand against violence but it was ruined by extremists. I fear the pictures going around the world will make us look worse," an architecture student, Holger Hoffmann, said.

The first national protest after many months of attacks by rightwing exremists on asylum hostels, foreigners and Jewish targets, brought together a unique alliance of all social forces, ranging from artists to politicians and industrialists.

The attendance vastly exceeded the organisers' expectations. Police estimated that at least 300,000 people had taken part, in what was the biggest rally since the anti-nuclear protests of the early 1980s.

Mr von Weizsäcker, urging Germans not to get used to "the daily barbarism" of attacks on foreigners, said: "Let's be honest. What's happening in Germany at present is unprecedented in post-war history ... Democracy will be as weak or as strong as every single one of you will make it."

Thirteen people have died in attacks on foreigners this year alone, which has also seen 1,800 incidents of arson, assault and other racist violence.

The president, who has a reputation for choosing the right words at crucial moments and for providing liberal guidance, said German decency and democracy were at stake. "It is high time that we should act to reverse the tide." He added that the Weimar Republic had failed "not because there were too many Nazis so early on, but because there were so few democrats for too long".

Leibwächter schießt in die Luft

In Bedrängnis geratener BKA-Mann greift bei Kundgebung zur Waffe

Drei Warnschüsse in die Luft hat ein Bundesgrenzschutzbeamter am Sonntag nachmittag während der Abschlußkundgebung der Großdemonstration gegen Ausländerfeindlichkeit im Lustgarten abgefeuert. Der Mann unterstützt das Bundeskriminalamt (BKA) beim Personenschutz. Es war am Sonntag abend noch nicht bekannt, warum der Mann zur Waffe gegriffen hat. Ein Sprecher des BKA in Wiesbaden sagte auf Anfrage, die Schüsse seien möglicherweise während der „Attacke auf Hans-Jochen Vogel gefallen". Der Vorfall werde am heutigen Montag geprüft, hieß es.

Radikaler Pöbel wollte Deutschland schaden

BILD-Kommentar

Demo und Krawalle

Der Sonntag von Berlin

Das ist nicht unser Deutschland!

Dies war ein schwarzer Sonntag. Was als Bekenntnis gegen Fremdenhaß und für die Menschlichkeit gedacht war, verkam unter dem Gebrüll und den Steinwürfen von 300 Chaoten zu einem Tag der Schande.

Trotzdem war die Idee zur Demonstration richtig.

Es gilt jetzt, nicht den Organisatoren Fragen zu stellen, sondern die Handlungsfähigkeit des Staates und der Politik unter Beweis zu stellen. Die Gesetze dafür sind vorhanden.

Deutschland und seine Bürger werden nach der Erfahrung dieses Sonntags näher zusammenrücken. Das erwarten jetzt auch alle von den Parteien und ihren Politikern.

Der Verlauf des Vorprogramms zur Kundgebung ließ bereits Böses ahnen. Schon vor Beginn der Kulturveranstaltung im Lustgarten, die kurz nach 14 Uhr begann, war der Platz voller Menschen. Doch erst ganz allmählich, nach und nach, enthüllten sie die Transparente, die sie mitgebracht hatten: „Rassistische Politiker demonstrieren für deutsche Exporte" oder „In der BRD marschieren Brandstifter und Schreibtischtäter in der ersten Reihe" oder „Die Spätgeburt fängt am Kopp an zu stinken". Erste Trillerpfeifen und „Heuchler, Heuchler"-Rufe wurden hörbar. Die Polizeibeamten, die vorher entspannt umhergeschlendert waren, griffen zu ihren Helmen. Lautsprecherboxen, aus denen zu diesem Zeitpunkt noch Popmusik erklang, wurden kräftig aufgedreht, doch konnten sie gegen das schrille Pfeifen schwer ankommen.

Wobei es Pfiffe und Gegenpfiffe gab. Während die Störer ihre Trillerpfeifen benutzten, buhten friedliche Demonstranten, die der Musik lauschen wollten, die Trillerpfeifen aus. Kurz darauf kam es zum ersten Polizeieinsatz. Ungefähr in der Mitte der Menge sprangen Polizeibeamte über die Absperrgitter, es gab eine erste Rangelei, die aber bald wieder abflaute.

Auch friedliche Demonstrationsteilnehmer begannen, etwa eine Stunde bevor Tomaten und Farbeutel gegen den Bundespräsidenten flogen, einen unheilvollen Ausgang der Veranstaltung zu befürchten. Angesichts der immer größer werdenden Zahl der Antipolitikerplakate und des wachsenden Lärms war schon abzusehen, wie schwer es Redner haben würden, wenn schon die Musik kaum gegen die skandierten Parolen und Trillerpfeifen ankam.

TERMINE



Do.: 12.11.
21.00 "Hungerstreik 89" + "Isolationshaft" im Infoladen Daneben Rigaerstr. 84

Fr.: 13.11
19.00 Wilde Tänze, Konzert im Paul Schneider Haus Schönwalder str.23
21.00 Der Weg zur Anarchie (Infoveranstaltung) im El Locco
18.00 Vorbesprechung zum Wochenendprojekt "Im Dschungel der Stadt" Mieteraktionen Mulakstr.23

Sa.: 14.11
14.00 Antifa-Demo wegen Mordes an Mete Eksi, Kottbusser Tor
18.00 Die Spassguerilla Infoveranst. im El Locco
21.00 Gewaltfreiheit Infoveranst. im El Locco
Kies - Disco Solifete für die SFE in der SFE Gneisenau 2a

So.: 15.11
21.00 "Der Ansclag" Infoladen Daneben Rigaer str 84
und auch im El Locco gibts jede Menge Diskussion

Di.: 17.11
21.00 Die Zerstörung der RAF im Infoladen Daneben, Rigaer. 84
21.00 Filmreihe über den Spanischen Bürgerkrieg (Granada TV-London 89)
3 Videofilme je 90 min, im CLASH, Uferstr. 13, 1/65 **auch 23.00**

Do.: 19.11
21.00 "Alle 40 müssen raus" Infoladen Daneben, Rigaerstr.84

ACHTUNG : Die Stadtrundfahrt zu Gen- u. Reproduktionstechnologie ist vom 29.11 auf den 24.1 verschoben! (Die letzte Tour wegen Geld Probleen)

6.11 - 4.12 RAAS Fotoausstellung AutonomieRadioKultur Yorkstr. 59 täglich 16-20h

DEMOS: Sa. 14.11 11.00 Bonn Kein Frieden mit Rassismus Militarismus & Obrigkeit
16.00 Kotti **Mete Eksi-Demo**
So. 15.11 Halbe Antifaschistische Kundgebung, 8.00 Treffpkt. Parkplz. S-Bhf Oberschönweide

Nazi-Morde

- eine unvollständige Chronik -

7. 1. 1990	Berlin: ***Mahmud Azhar*** wir von einem rassistischen Deutschen niedergeschlagen. Er stirbt am 6. 3. 1990.
Nov. 1990	Eberswalde: Der Angolaner ***Antonio Amadeo*** wird von Nazis erschlagen.
17. 11.1990	In Kempten (Allgäu) stirbt ein ***Mann aus der Türkei*** nach einem Brandanschlag.
17. 11. 1990	Berlin: Ein ***Äthiopier*** wird erstochen aufgefunden.
28. 12. 1990	Hachenburg (Westerwald): Der 18jährige ***Nihat Yusufoglu*** wird von einem Skinhead erstochen.
1. 1. 1991	Rosdorf bei Göttingen: ***Alexander Selchow*** wird von zwei Neonazis erstochen.
23. 2. 1991	Sachsen: Ein ***Mann aus Afghanistan*** stirbt nach einem Überfall auf ein Flüchtlingsheim wegen nicht erhaltener medizinischer Hilfe.
31. 3. 1991	Dresden: Der mosambikanische Arbeiter ***Jorge Joao Gomondai*** wird in einer Straßenbahn zusammengeschlagen und aus der fahrenden Bahn geworfen. Er stirbt kurz darauf.
8. 5. 1991	Gifhorn: Der 23jährige ***Mathias Knabe*** wird von 20 Skinheads angegriffen und vor ein fahrendes Auto gehetzt. Am 4. 3. 1992 erliegt er seinen Verletzungen.
1. 6. 1991	Leipzig: Ein ***43jähriger Mann*** wird von Skinheads aus der fahrenden Straßenbahn geworfen, er stirbt an den Folgen seiner Verletzungen.
4. 6. 1991	Käsdorf (Niedersachsen): ***Helmut Lega*** wird von zwei Neonazis angegriffen und erstochen.
16. 6. 1991	Friedrichshafen: Der 34jährige Angolaner ***Agostinho*** wird von einem "DVU-Ordner" erstochen.
19. 9. 1991	Saarlouis: Bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim stirbt ***Samuel Kofi Yeboah*** aus Ghana.
29. 9. 1991	München: Ein ***Mann aus Rumänien*** wird von 10 Neonazis überfallen und brutal mißhandelt. Er stirbt am 10. 12. 91.
12. 11. 1991	Berlin: Nach einer Auseinandersetzung mit rassistischen Deutschen stirbt der 19jährige ***Mete Eksi*** an seinen Verletzungen.
3. 12. 1991	Hohenselchow (Mecklenburg-Vorpommern): Ein ***30jähriger Mann*** wird von Neonazis erschlagen.
5. 1. 1992	Augsburg: Ein ***Nigerianer*** stirbt nach einer Auseinandersetzung vor einer Diskothek.
31. 1. 1992	Lampertheim (Hessen): Eine ***dreiköpfige Familie aus Sri Lanka*** kommt bei einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in den Flammen um.
14. 3. 1992	Saal bei Rostock: Der 18jährige ***Dragomir Christinel*** aus Rumänien wird von rund 40 rassistischen Deutschen in einem Flüchtlingsheim bei Rostock überfallen und erschlagen.
18. 3. 1992	Buxtehude: Der 53jährige Kapitän ***Gustav Schneeclaus*** wird von zwei Skinheads zusammengeschlagen, weil er Hitler einen Verbrecher genannt hat. Drei Tage später erliegt er seinen Verletzungen.
19. 3. 1992	Flensburg: Der 31jährige Obdachlose ***Ingo Finnern*** wird von einem Skinhead zusammengeschlagen und in ein Hafenbecken geworfen. Dort ertrinkt der Mann.
24. 4. 1992	Ostberlin: In Marzahn wird der 29jährige Vietnamese ***Nguyen Van Tu*** auf offener Straße von einem Skinhead erstochen. Die zahlreich herumstehenden Deutschen sehen dabei tatenlos zu.
10. 5. 1992	Magdeburg: 60 Neonazis überfallen ein Gartenlokal. Der 23jährige ***Thorsten Lamprecht*** stirbt zwei Tage später an den Folgen eines schweren Schädelbruchs.
1. 7. 1992	Neuruppin (Brandenburg): Ein Skinhead ersticht den 50jährigen ***Emil Wendland***. Zuvor war dieser von mehreren Skinheads durch Schläge und Fußtritte mehrerer Skinheads mißhandelt worden.
8. 7. 1992	Kemnat-Ostfildern (b. Stuttgart): Sieben Skinheads erschlagen den Arbeiter ***Sadri Berisha***, einen 55jährigen Kosovo-Albaner, in einem Bauarbeiter-Wohnheim.
1. 8. 1992	Bad Breisig (Rheinland-Pf.): Der 49jährige Obdachlose ***Klaus Dieter Klein*** wird von zwei Neonazis erstochen.
3. 8. 1992	Stotternheim (Thüringen): Drei Skinheads, die als Rausschmeißer in einer Diskothek arbeiten, schlagen einen ***Polen*** so brutal zusammen, daß der Mann kurz darauf stirbt.
24. 8. 1992	Koblenz: Ein Skinhead erschießt den 35jährigen Obdachlosen ***Frank Bönisch***

Nichts vergessen, nichts vergeben!

Als Plakat zu bestellen bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 6000 Frankfurt/Main 1